

Kompass für die Schweiz: Ein Rück- und Ausblick auf die Sorgen von Herrn und Frau Schweizer



40 Jahre
Sorgen-
barometer

Inhaltsverzeichnis

3 Vorwort Thomas Gottstein

Rückblick – 40 Jahre Sorgenbarometer

4 **Geschichte der Schweizer Befindlichkeit:
Das Jubiläum in 11 Kapiteln: René P. Buholzer**

2016 – Sorgen und Hoffnungen von heute

18 **Die Sorgen der Schweizerinnen und Schweizer:
Sorgenbarometer 2016**
22 **Stimme der Wirtschaft: Peter Grünenfelder**
25 **Stimme der Politik: Jürg Stahl**
28 **Das Wesen der Schweiz: Identitätsbarometer 2016**

Ausblick – Die Schweiz in 40 Jahren

34 **Die nächsten 40 Jahre: Georges T. Roos**
37 **Zukunft der Arbeit: Nicole Burth Tschudi**

Impressum

Herausgeberin Credit Suisse (Schweiz) AG, Public Policy, **Projektverantwortung** Dr. René P. Buholzer (Leitung), Oliver Heer (stv. Leitung), Urs Reich, Mandana Razavi, Simon Stauer, **Kontakt** public.policy@credit-suisse.com, **Konzept und Gestaltung** Crafft Kommunikation AG (www.crafft.ch), **Textredaktion und -produktion** Ammann, Brunner & Krobath AG (www.abk.ch), **Bilder/Illustrationen** Keystone / Gaetan Bally, Martin Ruetschi, Lukas Lehmann; Alexandra Compain-Tissier, **Druckvorstufe** nc ag (www.ncag.ch), **Druckerei** Stämpfli AG (www.staempfli.ch), **Auflage** 9000

Dieses Dokument wurde von der Credit Suisse (Schweiz) AG einzig zu Informationszwecken und zur Verwendung durch den Empfänger erstellt. Die darin geäusserten Meinungen sind diejenigen der Credit Suisse (Schweiz) AG zum Zeitpunkt der Redaktion und können sich jederzeit und ohne Mitteilung ändern. Hinsichtlich der Zuverlässigkeit und Vollständigkeit dieses Dokuments wird keine Gewähr gegeben, und es wird jede Haftung für Verluste abgelehnt, die sich aus dessen Verwendung ergeben können. Copyright ©2016 Credit Suisse Group AG und /oder mit ihr verbundene Unternehmen. Alle Rechte vorbehalten.

Liebe Leserin, lieber Leser



Dr. Thomas Gottstein
Chief Executive Officer
Credit Suisse (Schweiz) AG

Was macht die Schweiz aus? Wohl noch mehr als in den meisten anderen Ländern der Welt heisst die Antwort: die Bürgerinnen und Bürger. Sie bestimmen über die Verfassung, über die Gesetze, ja sogar über die Steuern, die sie zu zahlen haben. Wohl nirgends wird Jean-Jacques Rousseaus Idee des selbstverantwortlichen Citoyens, der den Staat mitgestalten will, so konsequent umgesetzt und gelebt wie hier.

Umso mehr interessiert, wer diese Menschen sind: Was denken sie, was bedrückt sie? Womit sind sie zufrieden, was wollen sie ändern? Womit identifizieren sie ihr Land? Vertrauen sie unseren Institutionen?

Das Credit Suisse Sorgenbarometer, eine der grössten und ältesten Volksbefragungen der Schweiz, liefert seit 1976 Antworten auf diese Fragen. Anlässlich des 40. Jubiläums schlägt Dr. René P. Buholzer, der die Public-Policy-Abteilung der Credit Suisse (Schweiz) AG leitet, den grossen Bogen und geht der Frage nach: Was hat die Sorgen von Herrn und Frau Schweizer über diese Zeit geprägt?

Ich möchte nicht zu stark vorgreifen, aber was mich fasziniert, ist die Tatsache, dass viele Entwicklungen mit realen Indikatoren korrelieren. Die Angst, den Job zu verlieren, sinkt im Einklang mit der Arbeitslosenquote, Drogen werden vermehrt als Problem genannt, wenn viele Menschen davon betroffen sind.

In dieser Sonderpublikation kommt ausserdem eine Vielzahl von Experten zu Wort: Die Stimme der Politik vertritt der Nationalratspräsident Jürg Stahl. Die Wirtschaft äussert sich mit Dr. Peter Grünenfelder, dem Direktor von Avenir Suisse. Eine Prognose, wie sich die Schweiz in den nächsten 40 Jahren entwickeln wird, wagt der Zukunftsforscher Georges T. Roos. Und zur Zukunft des Arbeitsmarktes hat Nicole Burth Tschudi, CEO von Adecco Schweiz, einen lesenswerten Essay verfasst.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

A handwritten signature in blue ink that reads "Thomas Gottstein".

Dr. Thomas Gottstein
Chief Executive Officer
Credit Suisse (Schweiz) AG

Geschichte der Schweizer Befindlichkeit: Das Jubiläum in 11 Kapiteln

Das Sorgenbarometer der Credit Suisse misst seit 1976 der Bevölkerung die Temperatur. Die Einführung der Umfrage war bahnbrechend und ihre grosse Kontinuität erlaubt einmalige Einblicke in die Entwicklung des Problemhaushalts von Herrn und Frau Schweizer.

Von Dr. René P. Buholzer

Mitarbeit: Simon Brunner, Lukas Golder, Oliver Heer



Dr. René P. Buholzer leitet die Abteilung Politik der Credit Suisse (Schweiz) AG und ist verantwortlich für globale Nachhaltigkeitsfragen. Daneben lehrt der promovierte Staatswissenschaftler an der Universität St. Gallen (HSG).

1976 stirbt der Staatsgründer Chinas, Mao Zedong, im Amt. In Deutschland gewinnt Helmut Schmidt die Wahl zum Bundeskanzler gegen Helmut Kohl, in den USA schlägt Jimmy Carter den amtierenden Präsidenten Gerald Ford. Die Tschechoslowakei wird Fussballeuropameister. Steve Jobs und Steve Wozniak gründen Apple. Milton Friedman erhält den Wirtschaftsnobelpreis.

Und in der Schweiz? Lugano hat über 2046 Sonnenstunden, ABBA dominiert die Hitparade mit «Fernando». 1976 leben rund 6,3 Millionen Menschen hier, der Ausländeranteil beträgt 15,6% und Rudolf Gnägi (BGB/SVP) wird nach 1971 noch einmal Bundespräsident. Doch die Stimmung ist in den späten 70er Jahren gedrückt: Die Ölpreise haben sich seit der ersten Ölkrise (1973) nicht erholt, der RAF-Terror erreicht auch die Schweiz. Es gibt Initiativen gegen «Überfremdung» und die Zahl Arbeitslose steigt.

In dieser Zeit beauftragt die Credit Suisse (damals Schweizerische Kreditanstalt) das Meinungsforschungsinstitut Isopublic, mit «einem wissenschaftlichen Verfahren» und «bei allen Schichten der Bevölkerung» eine Befragung durchzuführen. Ziel: herauszufinden, was die Schweizerinnen und Schweizer beschäftigt. Als griffiger Titel wird «Sorgenbarometer» gewählt – auch wenn es eigentlich eher ein «Sorghenthermometer» ist: Die Befragung soll der Bevölkerung die Temperatur nehmen.

«Die Idee, das Sorgenbarometer einzuführen, war visionär», sagt der Politologe Lukas Golder, Co-Leiter der Firma gfs.bern, welche die Studie seit 1995 durchführt. «Meinungsforschung kam damals erst langsam auf und wurde dominiert von Markt- und Konsumentenforschung. Visionär war auch, dass man repräsentativ Bürgermeinungen abfragte und damit nicht dem Rhythmus von Abstimmungen folgte», so Golder. Und: «Die Resultate wurden öffentlich zur Verfügung gestellt. Bis dahin galt das Vorurteil, dass man über die direkte Demokratie die Bürgermeinung ja schon zur Genüge kenne.»

Heute, 2016, gibt es einige politische Volksbefragungen in der Schweiz. Doch trotz der Konkurrenz konnte das Sorgenbarometer seine ausserordentliche Stellung halten. Wenn jeweils pünktlich zu Beginn der Wintersession des eidgenössischen Parlaments die neuste Ausgabe erscheint, sieht man viele Politiker mit der Befragung unter dem Arm durch die Wandelhalle des Bundeshauses gehen. Und so mancher (politische) Vorstoss beginnt mit «X Prozent der Schweizerinnen und Schweizer machen sich viele Sorgen um ...», eingeleitet von einer Zahl aus dem Barometer.

Die Methodologie der Befragung hat sich über die Jahre in den Grundzügen nicht verändert: Circa 1000 Befragte werden repräsentativ ausgewählt und persönlich befragt. Ihnen werden Kärtchen vorgelegt, die Instruktionen lauten: «Auf diesen Kärtchen sehen Sie einige Themen, über die in der letzten Zeit viel diskutiert und geschrieben worden ist: Sehen Sie sich bitte alle Kärtchen an und legen Sie mir dann von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Probleme der Schweiz ansehen.»

Dieses Jahr feiert das Credit Suisse Sorgenbarometer den 40. Geburtstag. Eine der ältesten und grössten politischen Volksbefragungen deckt damit einige der interessantesten und bewegtesten Jahre der Schweizer Geschichte ab. Was sind die Erkenntnisse?

«Die Befragung soll der Bevölkerung die Temperatur nehmen.»

1 Die Krise macht Angst

Erstausgabe 1976

Bereits das erste Sorgenbarometer erscheint im Bulletin, dem ältesten Bankmagazin der Welt (seit 1895). Der Titel der Umfrage ist prosaisch und wenig geschlechterfreundlich: «Was beschäftigt den Schweizer?» Schon damals führt Arbeitslosigkeit (75%) den Sorgenkanon an, vor Umweltschutz (73%) und Altersvorsorge (64%).

Auch die Themen auf den nächsten Plätzen kommen einem vertraut vor: Steuerbelastung (51%), Inflation (48%) und Bildungswesen (42%). 1976 ist ein wirtschaftlich angespanntes Jahr, das wird durch die ganze Umfrage hindurch spürbar. Interessanterweise ist der starke Schweizer Franken ein Problem wie heute. Die Nennung von Inflation als grossem Problem geht einher mit der grossen Zustimmung (81%) zur Aussage, dass die Teuerung sehr dringend oder dringend bekämpft werden müsste. Der Autor der Erstausgabe sieht darin den «gesunden Sinn unseres Volkes für das Stabile und Währschafte».

Wenig überraschend freut er sich darüber, dass 88% der Befragten gegen eine Steuererhöhung sind. Schon damals ist das Anliegen aktuell, das Schulsystem zu vereinheitlichen, 92% bezeichnen das als dringlich. Der Bau von neuen Universitäten wird abgelehnt – zu teuer? –, dafür wird die Förderung von Berufsschulen (83% Zustimmung) unterstützt – weil man damit etwas gegen die Arbeitslosigkeit tun könnte.

Zuletzt dreht sich das Sorgenbarometer 1976 um Fragen zum Finanzplatz, der generell gut wegkommt: Nur 27% sind gegen das Bankgeheimnis und nur 20% sehen zu viel Macht bei den Banken, ein «hochgespieltes Problem», heisst es.

Die grössten Sorgen 1976:

- 1 Arbeitslosigkeit
- 2 Umweltschutz
- 3 Altersvorsorge
- 4 Steuerbelastung
- 5 Inflation
- 6 Bildungswesen
- 7 Konjunkturpolitik
- 8 Gastarbeiter
- 9 Wohnungsbau
- 10 Bankenmacht

... und 2016

- 1 Arbeitslosigkeit
- 2 Ausländer
- 3 Altersvorsorge
- 4 Flüchtlinge/Asyl
- 5 EU/Bilaterale
- 6 Gesundheit
- 7 Eurokrise/-kurs
- 8 Neue Armut
- 9 Verkehr
- 10 Pers. Sicherheit

2 Teil der Identität

Topsorge Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit in der Schweiz war international gesehen nie hoch und trotzdem ist sie in den 40 Jahren Sorgenbarometer oft das meistgenannte Problem der Befragten. In den letzten 10 Jahren stand sie jeweils an der Spitze des Sorgenkanons. Warum?

«Die Angst vor der Arbeitslosigkeit ist symptomatisch für die bröckelnde Mittelschicht. Sie fürchtet um ihre finanzielle Unabhängigkeit und ihren sozialen Status», schreibt Jean Christophe Schwaab, SP-Nationalrat und ehemaliger Zentralsekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, in der letztjährigen Ausgabe des «Kompass für die Schweiz». Valentin Vogt, Präsident des Schweizerischen Arbeitgeberverbands, pflichtet ihm insofern bei, als die hohe Bedeutung der Arbeitslosigkeit alles andere als ein Phantomschmerz sei: «Gerade in der Schweiz sind Beruf und Arbeit Teil der eigenen Identität und mithin sinnstiftend.» Die Daten unterstützen diese Aussage. Die Befragten haben über die Jahre die Bewegungen auf dem Arbeitsmarkt sehr genau registriert: Reale Ausschläge bei der Arbeitslosenquote und beim Bruttoinlandprodukt (BIP) zeigen sich direkt im Sorgenbarometer.

Grafik siehe nächste Seite.

3 Status quo zu gut für Reformen!

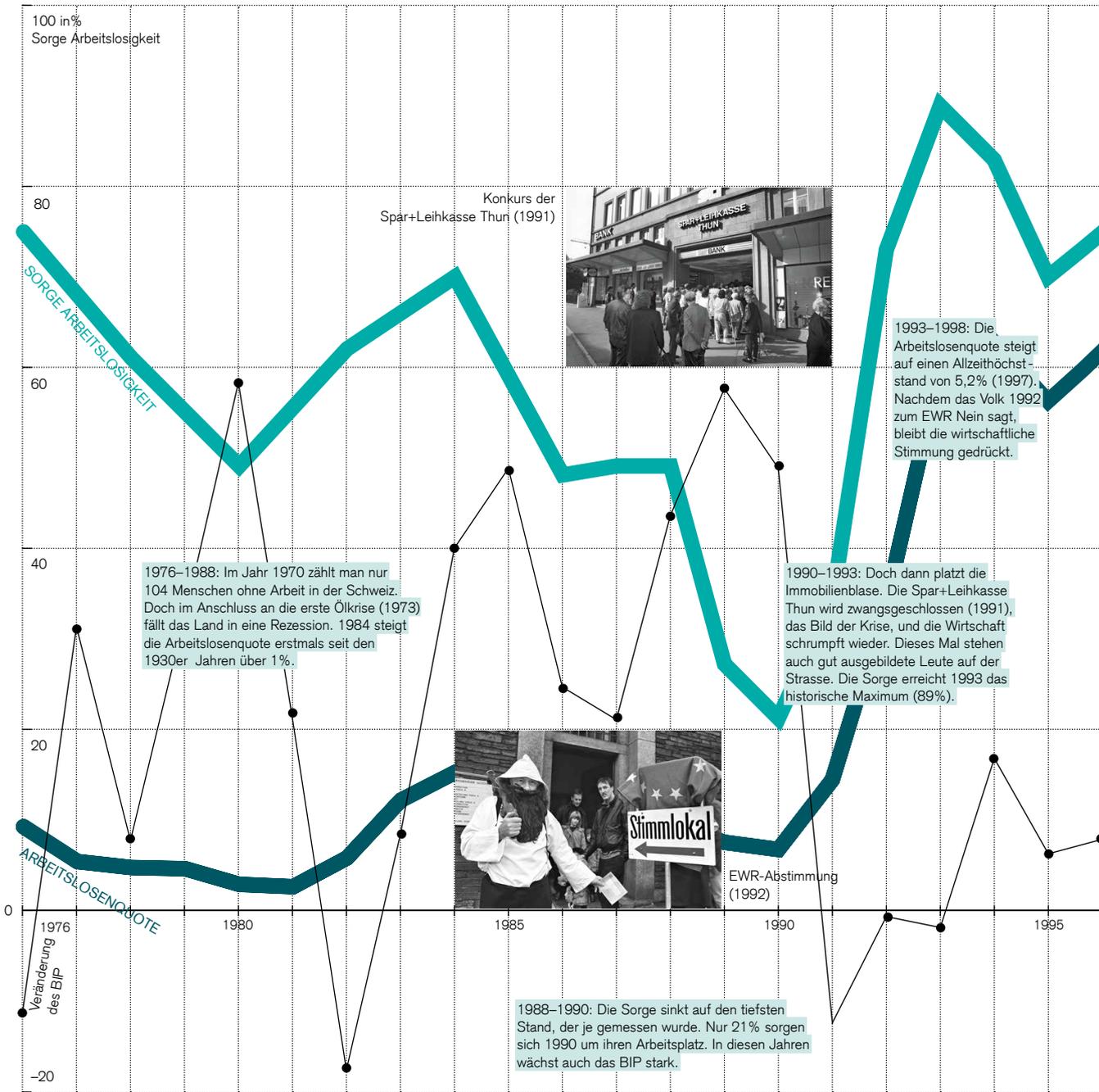
Topsorge AHV/Altersvorsorge

Über 40% der Schweizerinnen und Schweizer bezeichnen Altersvorsorge/AHV in den letzten zehn Jahren als grösstes Problem der Schweiz, 1976 sind es gar 63%. Gleichzeitig ist die AHV auch eine Geschichte der gescheiterten Reformen. Vor 21 Jahren ist letztmals eine Rentenreform gelungen, seither lehnt das Volk Vorlagen regelmässig ab. 2004: 11. AHV-Revision und Anhebung der Mehrwertsteuer für AHV/IV; 2010: Anpassung des Mindestumwandlungssatzes in der beruflichen Vorsorge. Wie passt das zusammen?

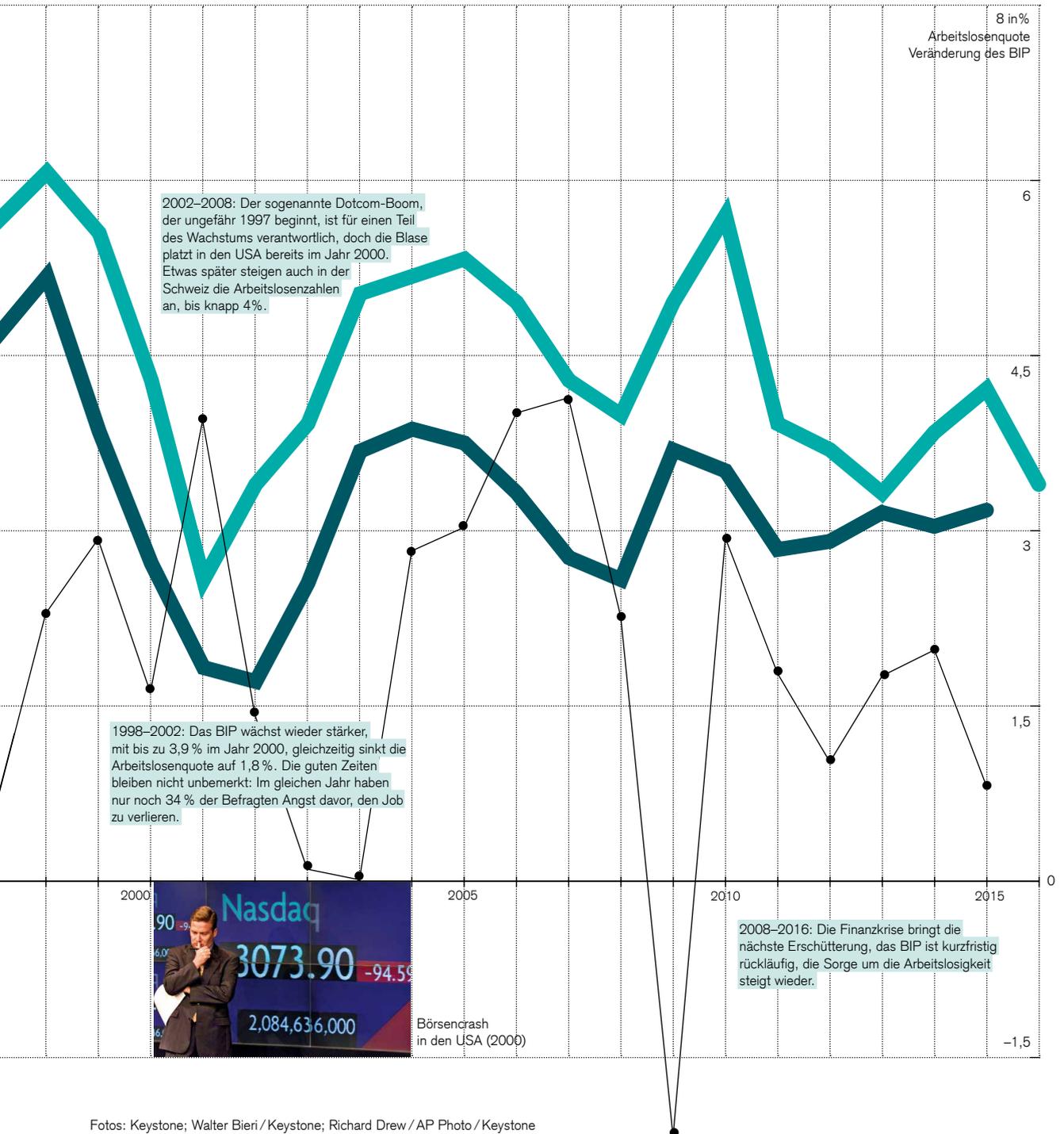
Eine Erklärung könnte sein, dass im Prinzip jedem klar ist, dass etwas getan werden muss, weshalb das Thema im Sorgenbarometer jeweils weit vorn ist. Die Lebenserwartung bei Geburt ist seit Einführung der AHV (1948) um 14,3 Jahre (Männer) und 14,0 Jahre (Frauen) gestiegen, und gleichzeitig hat die Geburtenziffer von 2,40 auf 1,54 abgenommen (2,08 Kinder pro Frau wären nötig, um die Bevölkerung im Gleichgewicht zu halten). Die Bevölkerungspyramide wird für ein Umlageverfahren wie die AHV immer ungünstiger. Das Problem ist erkannt, doch eine «Lösung» ist für die meisten weniger gut als der Status quo: Ältere Leute müssten länger arbeiten oder auf einen Teil der Rente verzichten. Bereits im Jahr 2021 wird gemäss einer Studie von Avenir Suisse das Durchschnittsalter der Stimmberechtigten 60 Jahre betragen. Die Ü60-Altersschicht wird also Vorlagen beinahe allein entscheiden können. Zudem ist der Begriff «Rentenklausur» so stark im kollektiven Bewusstsein etabliert, dass jede Senkung der Rente postwendend als politisch nicht machbar gilt.

Den Jungen ist das Problem bekannt, im Jugendbarometer der Credit Suisse belegt es immer einen der vorderen Ränge bei den grössten Problemen der Schweiz. Doch die Jungen allein können keine Abstimmungen

Sorge Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenzahlen



Rückblick – 40 Jahre Sorgenbarometer



Fotos: Keystone; Walter Bieri/Keystone; Richard Drew/AP Photo/Keystone

entscheiden und wollen wohl letztlich auch von einer guten 1. Säule profitieren. Die AHV scheint zudem zu einem Teil der Erfolgsgeschichte und Identität der Schweiz geworden zu sein. Letztlich ist vielleicht nicht jedem 20-Jährigen bewusst, dass er oder sie im heutigen System zu den Verlierern gehört – unterdessen finanzieren die unteren Altersschichten nicht nur die AHV, sondern auch den zu hohen Umwandlungssatz in der 2. Säule, aktuell 6,8% (obligatorischer Teil, geplant 2018: 6,6%). Laut Avenir Suisse sind nur 5,4% finanzierbar. Der Status quo ist auch deshalb attraktiv, weil das gesamte Vorsorgeprinzip aus drei Säulen (staatliche, berufliche und private Vorsorge) immer besser greift. Wer heute nach einem längeren Erwerbsleben in Rente geht, bekommt meist Geld aus zwei oder drei Quellen.

Die Altersarmut ist gesunken und die heutigen Armen werden mit Ergänzungsleistungen unterstützt. Ausserdem gibt es die Krankenversicherung, die eine solidarische Lösung für Gesundheitsfragen, eines der Hauptprobleme im Alter, darstellt. Bei der Krankenversicherung bezahlen Jüngere mehr als die Kosten, die sie verursachen, die Älteren weniger.

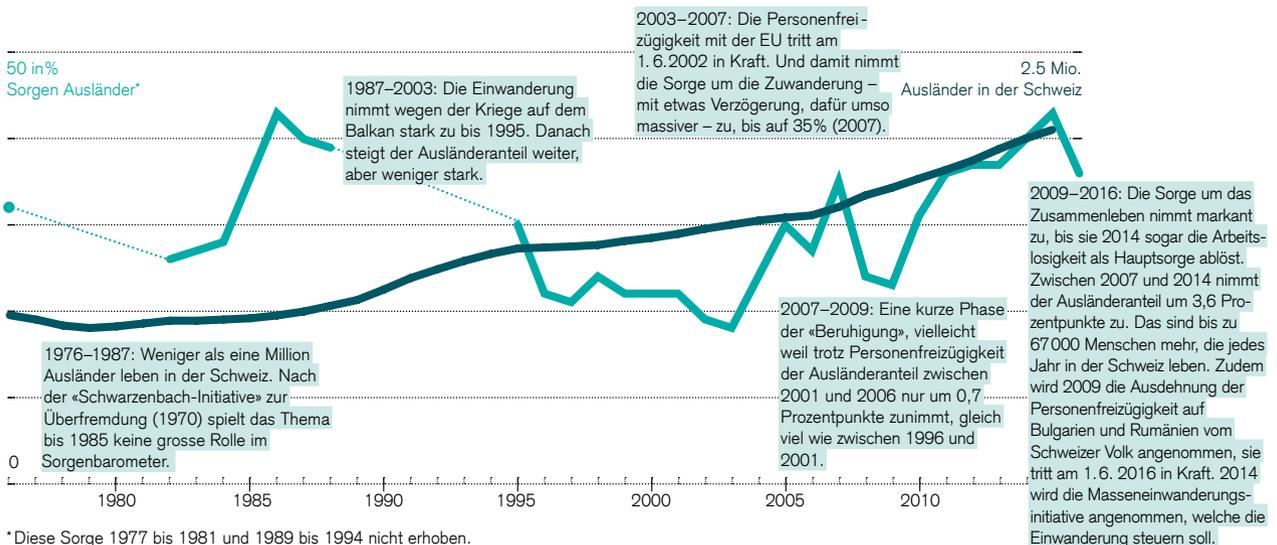
4 Wie zusammen leben?

Topsorge Ausländer / Zuwanderung

Das Zusammenleben mit der ausländischen Bevölkerung ist ein konstant wichtiges Thema im Sorgenbarometer. 1976 sorgt man sich um die Gastarbeiter (32%, Platz 8), dann spricht man von «Überfremdung», später wird eine Kategorie gebildet mit «Ausländer/Personenfreizügigkeit/Zuwanderung» und eine zweite mit «Flüchtlinge/Asylfragen». Obwohl diese Unterscheidung im öffentlichen Diskurs bisweilen vernachlässigt wird, ist sie bei den Befragten sehr präsent. Die beiden Sorgen korrelieren nur schwach.

Eine Wechselbeziehung gibt es trotzdem – aber mit einem anderen, realpolitischen Indikator: Steigt die Anzahl der Ausländer in der Schweiz, nimmt auch die Sorge um das Zusammenleben zu. Ausserdem nehmen die Befragten (welt-)politische Veränderungen sehr stark wahr, die einen Einfluss auf die Immigration haben.

Sorge um Ausländer und Anzahl Ausländer in der Schweiz



5 Differenzierte Sicht

Flüchtlinge /Asylfragen

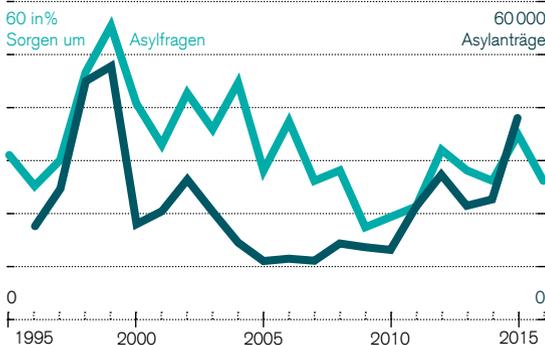
Auch diese Sorge korreliert mit einem statistischen Indikator der Schweiz: den gestellten Asylanträgen. Die Anzahl Asylanträge ist neben der Arbeitslosenquote (Arbeitslosigkeit) wohl die Zahl, die am stärksten wahrgenommen wird und direkt einen Ruf nach politischer Reaktion nach sich zieht. Entsprechend wurde das Asylrecht in den letzten zwanzig Jahren kontinuierlich verschärft. Doch das Resultat aus dem diesjährigen Sorgenbarometer deutet darauf hin, dass die Schweizerinnen und Schweizer jetzt zufriedener sind als in den vergangenen Jahren: Die Sorge ging – trotz der vielen Schlagzeilen rund um Flüchtlinge – von 35% auf 26% zurück.

Sorge um Asylfragen und Asylanträge

1995–1999: Die Asylanträge steigen wegen der Kriege im Balkan um mehr als das Doppelte und erreichen fast die Zahl von 50 000 im Jahr 1999.

1999–2009: Von 1999 auf 2000 nehmen die Asylanträge um 60% ab und erreichen mit weniger als 11 000 Anträgen einen Tiefstand im Jahr 2005. Das Asylrecht wird in diesen Jahren mehrfach verschärft. Auch im Sorgenbarometer verliert das Thema an Brisanz.

2009–2016: Es kommen wieder mehr Flüchtlinge in die Schweiz, 2015 werden knapp 40 000 Anträge gestellt – die Sorge ist doppelt so hoch wie 2009.



6 Bilaterale als einzige Option

EU / Bilaterale

Das Verhältnis der Schweiz zur EU dominiert seit Jahrzehnten viele politische Diskussionen, lange war die entsprechende Sorge bei den Befragten auch sehr präsent. Doch in der diesjährigen Auswertung rangiert «EU/Bilaterale» nur an 6. Stelle (22%). Warum? Die bilaterale Option ist die einzige klar mehrheitsfähige Option: 67% der Befragten geben im Sorgenbarometer an, dass man diesen Weg fortsetzen soll. Ein Alleingang ist nicht mehrheitsfähig, geschweige denn ein EU-Beitritt.

7 Borkenkäfer & Co.

Umweltschutz

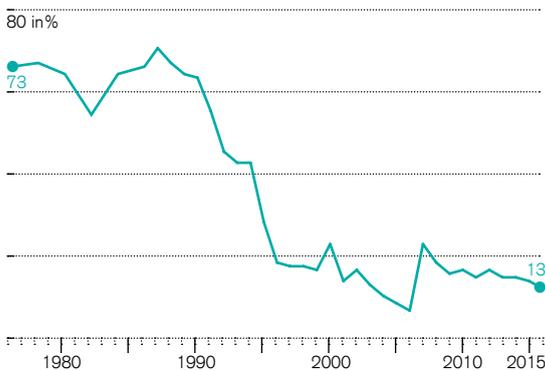
Zwischen 1976 und 1991 ist Umweltschutz immer unter den drei grössten Sorgen, seither verliert er an Bedeutung. 2007 wird das Thema noch von 7% der Befragten genannt. Ist das Problem gelöst, wie die Drogenfrage? Nein. Es erzählt eine andere Geschichte.

«Der Spiegel» schlägt im Herbst 1981 Alarm: «Saurer Regen über Deutschland – Der Wald stirbt» steht auf dem Cover vor einer Illustration mit rauchenden Schloten, Giftwolken und kahlen Bäumen. 1983 besucht Bundesrat Alphons Egli den Staatswald Baan bei Zofingen, wo ihn Vertreter des Bundesamts für Forstwesen über neue Krankheitssymptome informieren. Bäume, die dem Laien kaum auffallen, sind für die Förster «vom Tod gezeichnet». Dieses Beispiel aus der «NZZ» zeigt verschiedene Aspekte. Erstens ist «Umweltschutz» ein Thema, das durch die Parteifarben hindurch von Naturschützern vertreten wird: Egli ist ein Bundesrat der CVP, die «NZZ» gilt als bürgerlich, der

«Spiegel» als sozialdemokratisch. Zweitens wird die Lage dramatisiert: Ob Borkenkäfer oder saurer Regen – vieles stellt sich später als wenig gravierend heraus. Aber das Ziel ist erreicht: Die Menschen sorgen sich um die Umwelt, wie das Sorgenbarometer zeigt, und damit lässt sich Politik machen. Tempolimiten auf den Autobahnen werden diskutiert und autofreie Sonntage durchgeführt.

In diesem Klima wird die Grüne Partei der Schweiz gegründet (1983) und erreicht 1991 bereits einen Stimmenanteil von 6,1% und 14 Sitze im Nationalrat. Nach

Sorge um Umwelt



einer Baisse bei den darauf folgenden Wahlen erreichen die Grünen 2003 wieder 7,4% (13 Sitze) – doch zu diesem Zeitpunkt ist das Umweltthema nicht mehr so wichtig. Die Grünen haben sich aber zumindest teilweise bereits von Waldsterben & Co. emanzipiert. Sie sind zur linken Alternative zur SP geworden. Ein anderer Teil der Umweltschützer wiederum findet eine neue Heimat in der Grünliberalen Partei (gegründet 2004 in Zürich, national aktiv seit 2007). 2007 schnellte die Sorge um die Umwelt noch einmal hoch, von 7% (2006) auf 25%. Ein Grund könnte sein, dass Europa in diesem Jahr ungewohnt stark von Naturkatastrophen heimgesucht wird (Orkan Kyrill, sehr starke Waldbrände in Griechenland, Hochwasser in der Schweiz). Die Grünen erzielen ein Rekordergebnis (9,6%, 20 Sitze).

2011 hingegen, als die nukleare Katastrophe im Kernkraftwerk von Fukushima weltweit Schlagzeilen macht, zeigt sich kein Ausschlag bei der Umweltsorge – auch die Sorge bei «Energiefragen/Kernenergie/Versorgungssicherheit» steigt nur um 4 Prozentpunkte (von 11% auf 15%) an.

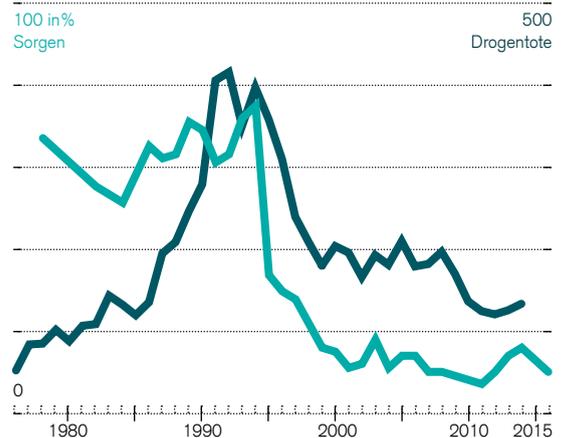
8 Entzug erfolgreich!

Drogenkonsum / Alkoholmissbrauch

Zwischen 1978 und 1994 finden im Durchschnitt 65% der Befragten, Drogen seien ein Hauptproblem der Schweiz. Zwischen 1995 und 2016 liegt der Durchschnitt noch bei 15%. Was ist passiert?

Schon während der achtziger Unruhen sind harte Drogen weit verbreitet. 1987 bildet sich die offene Drogenszene in Zürich. Bis zu 3000 Drogensüchtige leben beim Zürcher Landesmuseum am Platzspitz, der als «Needle Park» internationale Berühmtheit erlangt.

Sorge um Drogen und Drogentote



1% der damals 24- bis 25-jährigen Schweizerinnen und Schweizer werden heroinabhängig. Fast jeder hat einen Süchtigen im näheren Familien- oder Bekanntenkreis.

1991 sterben auf dem Platzspitz 21 Menschen am Konsum von Drogen, 3600 müssen wegen einer Überdosis wiederbelebt werden. In der ganzen Schweiz gibt es im Jahr darauf 419 Drogentote, die meisten davon sterben an den Folgen des Heroinkonsums. Die Politik reagiert: 1991 wird das erste Massnahmenpaket des Bundes zur Verminderung der Drogenprobleme eingeleitet, 1992 der Platzspitz geräumt und 1995 auch der stillgelegte Bahnhof Letten und damit die letzte offene Drogenszene in Zürich geschlossen. 1994 wird in den eidgenössischen Räten ein Spitzenwert an politischen Vorstössen zur Drogenpolitik eingebracht, danach nehmen diese rapide ab.

Das Drogenproblem wird schliesslich mit einem gutschweizerischen Kompromiss gelöst, der aus vier Säulen besteht: Prävention, Therapie, Schadensminderung sowie Repression und Marktregulierung. Das Radikale an diesem Ansatz ist die kontrollierte Abgabe von harten Drogen, was rund um die Welt für Schlagzeilen sorgt. Die Anzahl Drogentote nimmt bis 1999 auf die Hälfte ab und die Sorge verschwindet fast aus dem Sorgenbarometer (2016: 10%).

Und auch bei den heutigen Jungen sind Rauschmittel erfreulicherweise kein grosses Thema: Im Jugendbarometer der Credit Suisse, das die Befindlichkeit der 16- bis 25-Jährigen untersucht, findet eine Mehrheit der Befragten (53%), Drogen seien out und sie nähmen auch keine – nur «Handy ohne Internet» ist noch unbeliebter (81%).

9 Kein Problem mehr?

Steuerbelastung

Im ersten Sorgenbarometer von 1976 ist die Steuerlast ein grosses Thema. 51% sorgen sich darum, das Thema erreicht Platz vier auf der Sorgenrangliste. Und 88% lehnen in einer Zusatzfrage Steuererhöhungen ab. In den folgenden Jahren verliert das Thema an Bedeutung, in den achtziger Jahren nennen es gut 25% der Befragten, in den neunziger und den frühen nuller Jahren rund 20%, ab 2009 sind es noch rund 10%.

Auch heute noch sorgen sich 9% der Befragten um das steuerliche Umfeld. Aber es gibt andere staatlich verordnete Entrichtungen, die stärker im Fokus sind, vor allem die jährlich steigenden Krankenkassenprämien. Die Sorge darum erreicht bisweilen 64% Zuspriech (2001). Sie bewegt sich fast parallel zu den jährlichen Prämienerrhöhungen – auch hier nimmt das Elektorat sehr genau wahr, wie sich der relevante Indikator verändert.

Dass die Steuern keine Top-10-Sorge mehr sind, hat wohl auch damit zu tun, dass keine Partei oder Bewegung sich dieses Themas voll angenommen hat. Slogans zu «Steuern» waren letztes Jahr bei den nationalen Wahlen rar, in den siebziger und achtziger Jahren hatten sie mehr Präsenz.

Letztlich ist sich die Bevölkerung an der Urne selten so einig wie bei der Abstimmung zur Schuldenbremse: 85% sind dafür, dass die Schweiz Einnahmen und Ausgaben über den Konjunkturzyklus hinweg im Gleichgewicht halten muss – damit soll zu expansive Staatstätigkeit verunmöglicht werden. Diese Fiskalregel ist unterdessen zu einem internationalen Vorbild und Exportschlager geworden.

10 Institutionen der Herzen

Vertrauen

11 Gute Kristallkugel

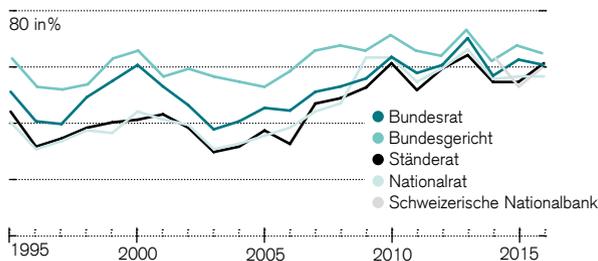
Prognosefähigkeit

Im Sorgenbarometer werden nicht nur die Probleme der Schweizerinnen und Schweizer abgefragt, sondern auch, wie stark sie den hiesigen Institutionen vertrauen. Und wenn es um die Politik geht, ist dieses Vertrauen sehr hoch: Ständerat 62%, Bundesrat 61%, Nationalrat 57%. Bei allen drei Kategorien stieg das Vertrauen um ungefähr 10 Prozentpunkte seit 2010. Wie sind die Resultate international einzuordnen? Für die OECD-Länder liegt der Vertrauensdurchschnitt für Regierungen bei 42%.

Die offensichtlichste Erklärung für das gute Resultat der Schweizer Politik ist, dass die Einbindung aller relevanten Kräfte Vertrauen schafft. Die Schweiz hat ein gut funktionierendes Halbberufsparlament, das europaweit zu den kostengünstigsten gehört. Die hiesige Demokratie führt zu Kompromissen, die halten, und zu Gesetzen, an die man sich hält. Ausserdem geht es den Menschen in der Schweiz gut und man fühlt sich sicher – gerade im Vergleich zum Ausland.

Das Vertrauen in die Politik befindet sich auf einem Höchststand, gleichzeitig nehmen die Hauptsorgen ab. Es scheint, als wäre die Bevölkerung zurzeit sehr zufrieden mit «Bern», gerade im Vergleich zum europäischen Ausland.

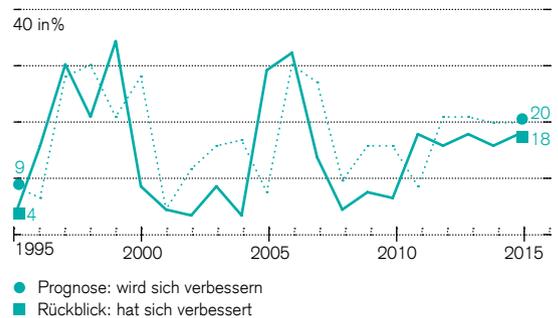
Vertrauen in Institutionen



Die Befragten schauen die Schweiz sehr rational an. In verschiedenen Kapiteln kann gezeigt werden, dass die Probleme, die sie im Sorgenbarometer angeben, eng mit realen Begebenheiten verknüpft sind. Zuletzt nun die Frage: Wie steht es um die Prognosefähigkeit der Schweizerinnen und Schweizer? Jedes Jahr werden sie gefragt, wie sie die kommenden zwölf Monate beurteilen. Wird es wirtschaftlich besser oder schlechter laufen? Gleichzeitig werden sie gefragt, wie sie die letzten zwölf Monate erlebt haben.

Legt man die beiden Kurven übereinander und verschiebt man sie um ein Jahr, damit Prognose und Rückblick für das gleiche Jahr übereinanderliegen, sieht man, dass die Befragten ein sehr gutes Gefühl für die wirtschaftliche Entwicklung haben. Gute Nachrichten: Für das Jahr 2017 sagen 22% der Befragten eine Verbesserung voraus (63%: Es bleibt gleich, 14%: Es wird schlechter, 1%: Weiss nicht).

Wirtschaftliche Lage



Fazit

Aus 40 Jahren Sorgenbarometer lassen sich zwei Faktoren festmachen, die für die Problemwahrnehmung entscheidend sind:

1. Dringlichkeit: Wie virulent ist ein Thema und wie intensiv wird es in den Medien diskutiert? Viele Sorgen haben direkte Bezüge zu realen Vorkommnissen: Als die Drogentoten in der Schweiz zunehmen, kommt Rauschgift/Drogenkonsum/Alkoholmissbrauch eine grössere Bedeutung zu. Gleiches beim sauren Regen und dem Umweltschutz.

2. Relevanz: Wie wichtig ist ein Problem für die eigene Situation? Arbeitslosigkeit trifft uns im Kern, entsprechend rangiert sie auch in wirtschaftlich guten Zeiten relativ weit oben. Die Relevanz sorgt für eine Art «Grundbedeutung» eines Themas. Beispiele für Themen mit grundsätzlich eher tiefer Relevanz sind Drogen oder Umweltschutz. Hier muss viel passieren, damit sie auf einen vorderen Platz kommen.

Ferner lässt sich über die Jahre eine zunehmende Heterogenität der Sorgen beobachten: Früher gab es zwei, drei Hauptprobleme, die vom grössten Teil der Befragten genannt wurden. Heute haben diese «Topsorgen» an Zuspruch verloren, dafür sind viele «kleine» Sorgen dazugekommen. Ein Grund für diese Zersplitterung könnte die sinkende Bedeutung der Leit- und Massenmedien sein. Es gab Zeiten, als die Hauptausgabe der «Tagesschau» täglich gegen eine Million Menschen erreichte, heute schauen noch 600 000 Zuschauer das Programm – wobei die Bevölkerung gleichzeitig zugenommen hat.

Was bringen die nächsten 40 Jahre? Themen mit hoher Relevanz werden sicher auch in Zukunft beschäftigen. Dazu werden (neue) Themen mit akutem politischem Handlungsbedarf («Modethemen») auftauchen: das «Schul- und Bildungswesen»? «Verkehr»?

Nach den ersten 40 Jahren Sorgenbarometer lässt sich sagen, dass das ursprüngliche Ziel mehr als erreicht wurde: Die Umfrage ist der Gradmesser für die politische Befindlichkeit der Bevölkerung geworden und nicht mehr wegzudenken – nicht nur aus der Wandelhalle in Bern.

Hauptsorge

Je ein Viertel der Bevölkerung nennt explizit die Jugendarbeitslosigkeit (25%, -1 pp) bzw. allgemein die Arbeitslosigkeit (26%, -15 pp) als eine der fünf Hauptsorgen.





Stellenanzeigen | Donnerstag, 19. August 2010

STELLEN ANZEIGER

Stellungsanzeigen
Hier finden Sie alle Stellenangebote für die Region...
Stellenanzeigen
Hier finden Sie alle Stellenangebote für die Region...
Stellenanzeigen
Hier finden Sie alle Stellenangebote für die Region...

Kader / Verrechnungen
Banken / Finanz- und Rechnungswesen
Controlling / Health / Biotech
Controlling / Health / Biotech
Controlling / Health / Biotech

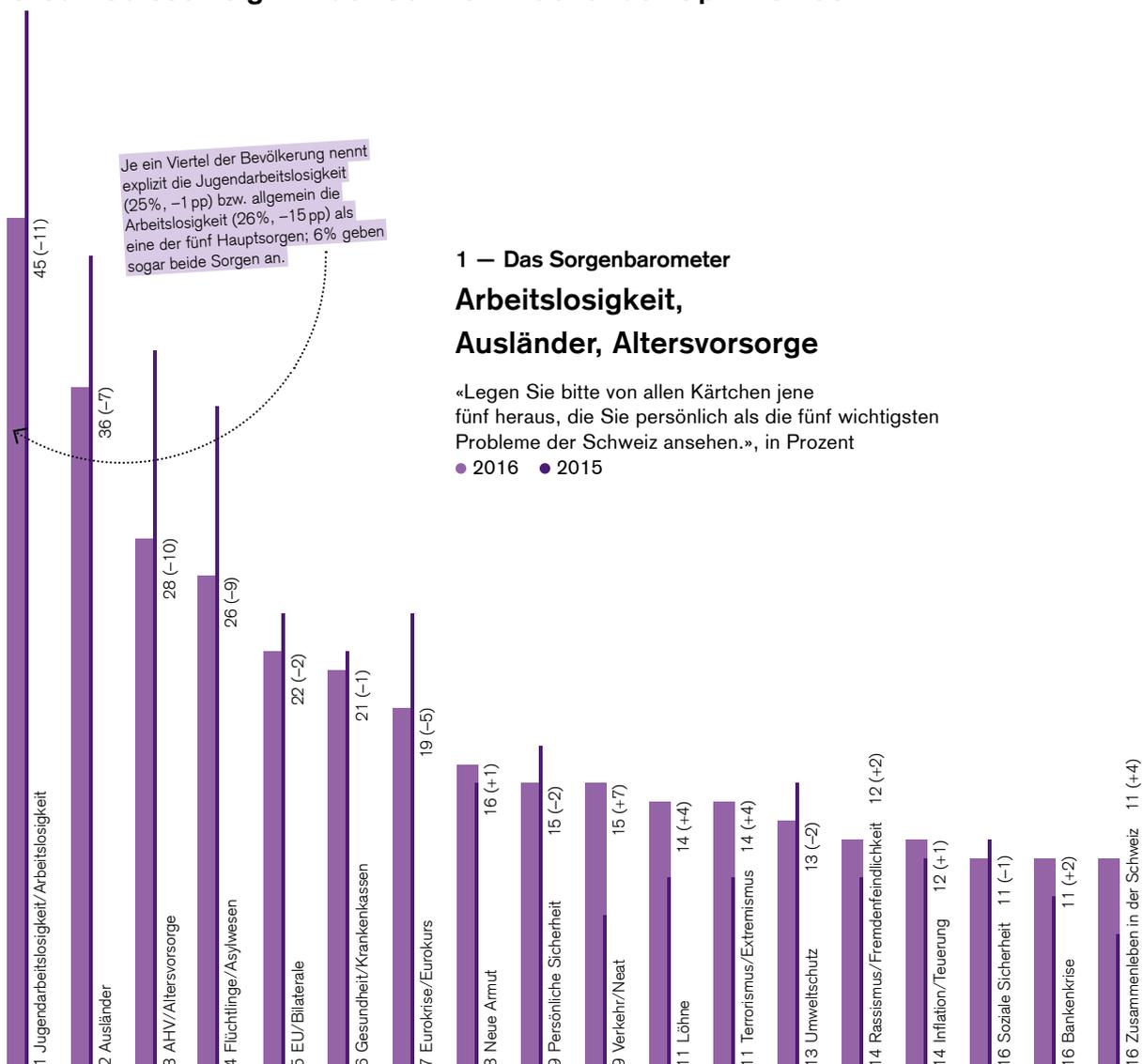
DER KÜRZESTE WEG ZUM ECKBÜRO.

Sachbearbeiter Assistenten Lokale (10/10)



Die Schweiz ist zuversichtlich

Die Sorgen der Schweiz: Sorgenbarometer 2016 – Die Hauptsorgen erscheinen weniger bedrohlich, das Vertrauen in die Akteure hat zugenommen, die Wirtschaftssituation wird positiv beurteilt. Das Sorgenbarometer der Credit Suisse zeigt: In der Schweiz wächst der Optimismus.



Arbeitslosigkeit, Ausländer, Altersvorsorge – die drei Topsorgen der Schweizerinnen und Schweizer sind die gleichen geblieben wie in den letzten Jahren. Und doch hat sich in der Tendenz etwas verändert. Die drei A-Sorgen scheinen einiges von ihrer Bedrohlichkeit verloren zu haben (siehe Grafik 1). 2003 nannten 63% der Befragten die Arbeitslosigkeit als ein Hauptproblem, letztes Jahr 56%; jetzt sind es noch 45%. Ähnliches gilt für die Altersvorsorge: Sie bereitete im Vergleichsjahr 2003 59% der Bevölkerung Sorgen, letztes Jahr waren es 38%; heute noch 28%.

Bei den Ausländern wiederum war seit 2003 ein beinahe kontinuierlicher Anstieg von 18% auf 43% im letzten Jahr festzustellen, jetzt erfolgte ein deutlicher Rückgang um 7 Prozentpunkte (pp); parallel dazu ist auch bei den Flüchtlingen respektive Asylbewerbern ein Rückgang um 9 pp auf 26% bei der Nennung als eine der Hauptsorgen festzustellen. Diese Entwicklung hätte man nicht unbedingt erwartet. Man kann dies einerseits als Lob für die Politik und die involvierten Institutionen interpretieren, andererseits zurückführen auf den voraussichtlichen Rückgang an Asylgesuchen gegenüber 2015.

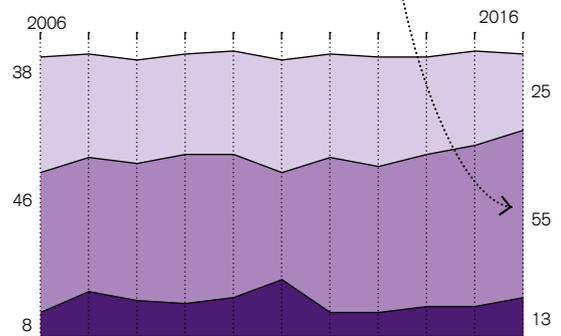
Der Rückgang der Hauptsorgen schafft Platz für andere Sorgen. Allerdings ist kein Problem sprunghaft nach oben geschneilt. Am ehesten hätte man dies wegen der zahlreichen Anschläge im (nahen) Ausland bei den Terrorismussorgen vermutet. Mit 14% (+4 pp) ist der Wert von 2001 (27%) aber noch weit entfernt. Etwas stärker zugenommen haben die Probleme rund um den Verkehr (15%, +7 pp). Vielleicht hat die feierliche Eröffnung des Gotthard-Basistunnels auch andere Verkehrsfragen stärker ins allgemeine Bewusstsein gebracht. Ebenfalls wieder vermehrt in den Fokus gerückt sind die Löhne (14%, +4 pp); der nur geringe Anstieg der Sorgen um die neue Armut (16%, +1 pp) mag mit der als gut empfundenen wirtschaftlichen Situation zusammenhängen. Ebenfalls angestiegen sind die Sorgen um das Zusammenleben in der Schweiz (11%, +4 pp).

68% der Schweizerinnen und Schweizer, so viele wie noch nie, stufen ihre Wirtschaftslage als gut oder sehr gut ein.

2 – Wirtschaftliche Lage Es ging nie besser

«Was würden Sie sagen, wie es Ihnen wirtschaftlich gesehen im Moment geht? Ist dies ...», in Prozent

● sehr gut ● gut ● recht
(andere Werte weggelassen)



Bildung und Solidarität fördern

Wie soll die Politik auf den breiten Sorgenkanon reagieren? Wo soll sie die Schwerpunkte setzen? Die bekannten Hauptsorgen erscheinen auch dann an der Spitze, wenn es darum geht, das dringendste Problem zu nennen, das an erster Stelle gelöst werden sollte. Je 8% der Stimmbürger nennen die AHV, Ausländerfragen und Arbeitslosigkeit, je 6% die Asyl- und Flüchtlingsproblematik sowie die Jugendarbeitslosigkeit als Problem Nummer eins.

Fragt man jedoch die Bevölkerung, welchen Stellenwert sie bestimmten aktuellen politischen Zielen beimisst, so bekommen auch andere Themen eine hohe Bedeutung. Dies gilt insbesondere für die Förderung der Bildung (93% sehr oder eher wichtig) sowie die Senkung der Treibhausgasemissionen (86% sehr oder eher wichtig).

Politik und Wirtschaft versagen selten

Das Vertrauen der Schweizerinnen und Schweizer in ihre Institutionen ist gross. Der Grund könnte die hohe politische und wirtschaftliche Stabilität des Landes sein. Andere Argumente sind: wenig Korruption, eine funktionierende Verwaltung und der Vergleich mit dem Ausland, wo es oft weniger gut läuft als hier.

Je 60% der Stimmberechtigten bescheinigen sowohl der Politik als auch der Wirtschaft, in entscheidenden Dingen bloss selten zu versagen. Beide Werte waren noch nie so hoch. 2003 erklärten fast ebenso viele Leute, die Politik (53%) beziehungsweise die Wirtschaft (57%) würden oft versagen. Vom Vertrauenszuwachs profitierten vor allem Akteure, denen die Schweizerinnen und Schweizer früher eher skeptisch gegenüberstanden, wie politische Parteien (55%, +9 pp), denen im Schnitt der letzten 20 Jahre lediglich

3 – Vertrauen in Institutionen

Woran wir glauben

«Wie gross ist Ihr persönliches Vertrauen in die folgenden Institutionen?»
(Vertrauen: mindestens 5 Punkte auf einer Skala von 1 bis 7), in Prozent

● 2016 ● 2015



29% der Bevölkerung ein grosses Vertrauen ausgesprochen haben. Dies hat zu einem allgemeinen Zusammenschluss auf sehr hohem Niveau geführt (siehe Grafik 3). Binnen Jahresfrist ist der Unterschied zwischen dem ersten und letzten Platz in der Vertrauensrangliste von 30 auf 12 Prozentpunkte zurückgegangen.

Zur Spitzengruppe der Institutionen, denen heute mehr als 60% der Schweizer Bevölkerung vertrauen, gehören wie seit Jahren Bundesgericht und Polizei sowie Bundesrat und Ständerat. Dazugekommen sind die Schweizerische Nationalbank (SNB) und Nichtregierungsorganisationen (NGO), wobei Letztere vor zwei Jahren lediglich von 47% der Befragten das Vertrauen ausgesprochen bekamen. Über einen beachtlichen Vertrauenszuwachs dürfen sich auch die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen (61%, +14 pp, respektive 53%, +15 pp) freuen: In den letzten Jahren variierte ihre Beurteilung stark, nun geht der Trend wieder nach oben. Zu den Gewinnern zählt auch die Europäische Union (54%, +12 pp).

Den Frankenschock verdaut?

Ihre eigene wirtschaftliche Situation haben die Schweizerinnen und Schweizer noch nie so positiv wie dieses Jahr beurteilt: Mehr als zwei Drittel der Bevölkerung stufen sie aktuell als gut oder sogar sehr gut ein (siehe Grafik 2), und der Zukunftsoptimismus ist gross: 92% (+6 pp) gehen davon aus, dass es ihnen im nächsten Jahr wirtschaftlich gleich gut oder sogar noch besser gehen wird.

Ähnlich wird die allgemeine wirtschaftliche Lage beurteilt. Der Frankenschock scheint überwunden, 81% (+10 pp) der Befragten glauben, die Konjunktur sei in den vergangenen zwölf Monaten gleichgeblieben oder habe sich verbessert. 63% (+11 pp) gehen davon aus, dass die wirtschaftliche Situation im kommenden Jahr etwa konstant bleibt. 22% (+2 pp) rechnen mit einer konjunkturellen Verbesserung: Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer sieht der Zukunft also positiv entgegen. (schi)

Die Schweiz in zehn Jahren

Die wichtigsten Probleme der Schweiz in 10 Jahren:

- 1 **Arbeitslosigkeit**
- 2 **AHV/Altersvorsorge**
- 3 **Ausländer**
- 4 **Flüchtlinge**
- 5 **EU/Bilaterale**
- 6 **Eurokrise/Eurokurs**
- 7 **Persönliche Sicherheit**
- 8 **Neue Armut**
- 9 **Terrorismus/Extremismus**
- 10 **Gesundheit, Krankenkasse**

Die Schweiz ist ein Hort der Stabilität, selbst in Bezug auf ihre Probleme. Auch in zehn Jahren wird man sich mit den gleichen Hauptsorgen auseinandersetzen müssen: Arbeitslosigkeit, Altersvorsorge, Ausländerfragen. Stärker als heute, so glauben die Befragten, wird uns die persönliche Sicherheit beschäftigen, und beim Terrorismus/Extremismus erwarten ebenfalls deutlich mehr Stimmbürger als noch vor einigen Jahren eine Verschärfung des Problems. Was das künftige Verhältnis zur Europäischen Union anbelangt, befürworten mittlerweile 81% der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Fortsetzung der bilateralen Verträge in erster oder zweiter Priorität (+21 pp), eine Kündigung derselben nur 19%. Einen Beitritt zur EU könnten sich 10% vorstellen, einen zum EWR hingegen genau 50%. Recht viele Schweizerinnen und Schweizer (40%) verzichteten auf eine Antwort oder konnten sich noch für keine Option entscheiden.

DIE UMFRAGE

Im Auftrag und in Zusammenarbeit mit der Credit Suisse hat das Forschungsinstitut gfs.bern zwischen dem 4. und dem 23. Juli 2016 eine repräsentative Umfrage bei 1010 Stimmberechtigten mit Wohnsitz in der Schweiz durchgeführt. Der statistische Stichprobenfehler liegt bei $\pm 3,2$ Prozentpunkten. Die wissenschaftliche Auswertung in den zwei Studien «Wachsender Optimismus – grösste Sorgen weniger virulent» (Credit Suisse Sorgenbarometer 2016) und «Eine optimistische Schweiz dank Sicherheit und Freiheit» (Credit Suisse Identitätsbarometer 2016) erfolgte durch ein Projektteam des gfs.bern. Die Auswertungen für das Bulletin und den Kompass verfasste Andreas Schiendorfer (schi). Illustrationen sind von Alexandra Compain-Tissier.

Die gesamte Umfrage und weitere Artikel stehen zum Download bereit auf:
www.credit-suisse.com/sorgenbarometer

«Baden-Württemberg ist so wichtig für uns wie ganz China»

Stimme der Wirtschaft – Das Schweizer Volk hat recht, dem wirtschaftlichen Wachstum höchste Priorität einzuräumen, meint Dr. Peter Grünenfelder, Direktor von Avenir Suisse.

Interview: Simon Brunner

Seit Jahren zeigt das Sorgenbarometer der Credit Suisse, dass die grösste Sorge der Schweizerinnen und Schweizer die Arbeitslosigkeit ist. Warum eigentlich?

Schweizerinnen und Schweizer haben ein ausgeprägtes Arbeitsethos. Dies schlägt sich in der durchschnittlichen Zahl der geleisteten Arbeitsstunden pro Jahr nieder. So arbeitet man in der Schweiz 220 Stunden mehr als in Deutschland und 110 Stunden mehr als in Frankreich. Das Arbeitsethos zeigte sich aber auch im Jahr 2012 beim klaren Volks-Nein zur Initiative für sechs Wochen Ferien. Die allermeisten sind daher bestrebt, Arbeitslosigkeit aus finanziellen und sozialen Gründen zu vermeiden. Da aber ein zunehmend grösserer Teil der Arbeitslosigkeit strukturelle Gründe hat und tendenziell unabhängig von der Konjunktur ist, ist sie in der Gesellschaft mittlerweile ein Dauerthema.



Dr. Peter Grünenfelder, 49, ist seit April dieses Jahres Direktor der Denkfabrik Avenir Suisse. Zuvor arbeitete er als Staatsschreiber des Kantons Aargau. Der promovierte Ökonom (HSG) ist Mitglied der FDP.

Gefragt, welches politische Ziel höchste Priorität hat, ist die meistgewählte Antwort: «Wirtschaftliches Wachstum», noch vor «AHV» und «Familie/Beruf». Wie erklären Sie sich dieses Resultat?

Wirtschaftliches Wachstum trägt entschieden zur individuellen Wohlstandssicherung und -mehrung bei. Ebenso hilft es bei der Umsetzung anderer politischer Ziele, etwa bei der Finanzierung der AHV oder der Verhinderung von (Jugend-)Arbeitslosigkeit. Zurzeit ist die weltweite Wirtschaftslage unsicher, sei es aufgrund der unklaren Ausrichtung

der künftigen Geldpolitik in den USA oder der Umsetzung des Brexits in Europa. Auch in unserem Land ist beispielsweise mit Blick auf die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative noch nicht definitiv absehbar, welche politischen Rahmenbedingungen der Wirtschaft schliesslich gesetzt werden. Daher macht es auch aus meiner Sicht Sinn, dem wirtschaftlichen Wachstum höchste Priorität einzuräumen. Zu arbeiten ist vor allem an der relativ schwachen Produktivität der Binnenwirtschaft.

68% – so viele wie noch nie – beurteilen Ihre eigene wirtschaftliche Lage als sehr gut oder gut. Wie ist das möglich in Zeiten, in denen die wirtschaftlichen Hauptindikatoren eigentlich nicht optimal sind?

Die Wachstumsprognosen sowohl der OECD als auch des Seco für 2017 liegen mit 1,7% bzw. 1,8% genau im Durchschnitt der letzten 20 Jahre. Dazu kommt, dass die Reallöhne aufgrund der tiefen bzw. negativen Teuerung in den letzten Jahren gewachsen sind. Schweizer Haushalte können sich also mehr leisten oder haben am Ende des Monats mehr übrig.

Gefragt, wie die Schweizer Wirtschaft im Vergleich zur ausländischen dasteht, haben noch nie so viele mit «eher gut» oder gar «sehr gut» geantwortet. Sehen Sie eine Gefahr, dass den Schweizerinnen und Schweizern nicht bewusst ist, wie stark unsere Wirtschaft von den umliegenden Ländern abhängt?

Der individuelle Wohlstand von Frau und Herrn Schweizer basiert wesentlich auf der aussenwirtschaftlichen Verflechtung unseres Landes – 70 Rappen jedes Frankens verdienen wir dank dieser Verflechtung. Das kann man nicht genug in Erinnerung rufen. Beim Handelsvolumen ist Baden-Württemberg so wichtig für uns wie China oder das Tirol so sehr wie Kanada. Wir müssen uns nach Kräften dagegen wehren, dass neue Grenzen – politische wie mentale – hochgezogen werden, sie würden unsere wirtschaftliche Wohlfahrt leichtfertig aufs Spiel setzen.

Der Finanzplatz hat seit 2010 in der Tendenz an Zuspruch gewonnen, wenn man fragt, was die Stärken der Schweiz seien. Auch sind 77% sehr oder ziemlich stolz auf den Finanzplatz. Ist der Ruf der Banken und Versicherungen nach der Finanzkrise wiederhergestellt?

Die Schweizer Finanzwirtschaft ist eine Vorzeigebbranche und lebt die Internationalität, die es zur erfolgreichen Fortentwicklung des Wirtschaftsstandortes Schweiz braucht. Dazu wurden schwierige und

«Die Schweizer Finanzwirtschaft ist eine Vorzeigebbranche und lebt die Internationalität, die es zur erfolgreichen Fortentwicklung des Wirtschaftsstandortes Schweiz braucht.»

komplexe Fragestellungen wie etwa der Steuerstreit mit den USA professionell abgewickelt, was das Vertrauen in die Branche wieder steigerte.

Wo sehen Sie die grösste Bedrohung für das Erfolgsmodell Schweiz?

Sorgen bereiten mir die Tendenzen zur Abschottung und zur Wachstumsmüdigkeit. Die Schweiz ist auf gute wirtschaftliche Beziehungen zum Ausland angewiesen. Dies gilt nicht nur betreffend den Austausch von Gütern, sondern auch jenen von Arbeitskräften. Wenn wir unsere guten Beziehungen zur EU, unserem mit Abstand wichtigsten Wirtschaftspartner, riskieren, so tangiert das unseren Wohlstand direkt. Seit Inkrafttreten der Bilateralen ist das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Schweiz um jährlich 0,5% bis 1% gestiegen. Das ergibt ein seit 2002 kumuliertes Zusatzeinkommen von 50 000 Franken pro Person. Jede Schweizerin und jeder Schweizer hat also dank den Bilateralen fast vier Fünftel eines typischen Jahresgehalts dazuverdient. Hinsichtlich Wachstumsmüdigkeit: Ob der ganzen Kritik am Wirtschaftswachstum geht häufig vergessen, wie elementar dieses für das ganze Funktionieren unseres Wirtschaftsystems und der Gesellschaft ist. Die Finanzierung unserer Sozialsysteme braucht Wachstum. Der ganze technische Fortschritt generiert letztlich auch wieder Wachstum – und auf diesen will kaum jemand verzichten, egal, wie er sonst zum Thema Wirtschaftswachstum steht. Wir müssen also wieder vermehrt die ökonomischen Wahrheiten ins öffentliche Bewusstsein rücken.

«Wenn wir unsere guten Beziehungen zur EU, unserem mit Abstand wichtigsten Wirtschaftspartner, riskieren, so tangiert das unseren Wohlstand direkt.»

«Auch als SVPLer bin ich Europäer»

Stimme der Politik – Jürg Stahl, der neue höchste Schweizer, über seine Sorgen, das Verhältnis zu Europa und seinen Wunsch für das Jahr als Nationalratspräsident: «mehr Gelassenheit».

Interview: Simon Brunner und Oliver Heer

Die Schweizerinnen und Schweizer sorgen sich um Arbeitslosigkeit, Ausländer, Altersvorsorge. Wo orten Sie persönlich die wichtigsten Probleme des Landes?

Diese Rangliste deckt sich mit meiner eigenen Problemwahrnehmung. Dass die Arbeitslosigkeit so weit vorn liegt, deute ich so, dass den Menschen bewusst ist, wie wichtig eine starke, stabile Wirtschaft als Motor der Schweiz ist. Die Reform der Altersvorsorge sehe ich persönlich als die grösste Herausforderung.

Sorgen um Ausländerinnen und Ausländer oder um Flüchtlinge und das Thema Asyl haben eher abgenommen – hat sich das Zusammenleben normalisiert?

Wenn Sie die zwei Sorgen zusammenzählen, würde das Thema einsam an der Spitze liegen, sogar wenn Sie noch etwas abziehen, weil viele Befragte beide Themen genannt haben. Doch die Abnahme ist natürlich positiv: Sie bedeutet, dass man das Thema in der Politik ernster nimmt als auch schon. Generell hat man das Gefühl, Bern mache es nicht ganz so schlecht: Die meisten Sorgen haben abgenommen. Und das Vertrauen in Bundes-, National- und Ständerat ist sehr hoch.

Vor allem in ländlichen Gebieten sehen nach wie vor viele Befragte (41%) das Ausländer-Thema als eine Hauptsorge an, viel mehr als in der Agglomeration (35%) und in städtischen Gebieten (33%). Warum?



Jürg Stahl, 48, ist seit 1999 Nationalrat (SVP, Zürich) und übernimmt 2016/17 das Präsidium der grossen Kammer. Der gelernte Drogist führte ein eigenes Geschäft in Winterthur und ist seit 2004 Mitglied der Geschäftsleitung der Krankenversicherung Groupe Mutuel. Im Militär bekleidet er den Rang eines Majors. Stahl ist verheiratet und hat eine Tochter, die Familie lebt in Brütten ZH.

Ich lebte 40 Jahre in einer Stadt, in Winterthur. In meiner Primar-klasse gab es zehn Italiener, zwei Türken und ein Mädchen aus dem damaligen Jugoslawien neben gerade mal sieben Schweizern. Für mich sind fremde Kulturen nichts Aussergewöhnliches. Seit acht Jahren wohne ich nun sehr ländlich in Brütten ZH, einem 1900-Seelen-Dorf: Wenn wir fünf Asylsuchende haben, fällt das sofort auf. Die Menschen reagieren anders als in der Stadt. Das unmittelbare Umfeld prägt einen – so tickt der Mensch nun einmal.

In letzter Zeit sprach man zuweilen von zwei «Schweizen» – einer eher ländlichen und einer städtischen. Sehen Sie das auch so?

Je nach Wetterlage gibt es einen Röstigraben, einen Polentagraben, einen Graben zwischen Arm und Reich, Mann und Frau oder einen zwischen Stadt und Land – es scheint mir, dass das eher Modeerscheinungen sind. Klar, man identifiziert sich mit der eigenen Scholle und regt sich auch mal über die anderen auf oder beneidet sie. Doch etwas Wettbewerb ist gesund, die Vielfalt macht die Schweiz aus. Und wenn die Nati gewinnt, freuen wir uns alle.

Entgegen der Erwartung gehört Terrorismus nur für 14% der Befragten zu den grössten Sorgen. Wie können Sie das erklären?

Nach den Terroranschlägen von 9/11 nahm die entsprechende Sorge von 1% auf 27% zu. Aber ohne das Problem kleinreden zu wollen: Man fühlt sich anscheinend sicherer in der Schweiz.

Gefragt, wie das künftige Verhältnis der Schweiz zur EU aussehen soll, sagen 67%, sie wollen die Bilateralen fortsetzen. Letztes Jahr waren es erst 47%. Wie deuten Sie das?

Ich sehe vor allem, dass nur für 2% der EU-Beitritt die erste Priorität ist. Das freut mich! Zurzeit wird viel über die Verträglichkeit der Masseneinwanderungsinitiative mit den Bilateralen gesprochen – doch auch ich als SVPLer bin Europäer. Wir müssen die Beziehung zu unseren Nachbarn klären, das steht ausser Frage. Ich lese das Resultat so: Man wünscht sich, dass die Politiker sich zusammenraufen und die Aufgabe angehen. Das finde ich einen guten Auftrag.

Immer wieder zeigt sich in der Umfrage, wie sehr die Befragten die Schweiz schätzen, stolz darauf sind und sie besser finden als andere Länder. Sind die Schweizerinnen und Schweizer gar etwas zu selbstverliebt?

Das war auch mein erster Gedanke, als ich die Resultate studierte. Doch die Befragten haben ja recht: Unserer Wirtschaft geht es gut. Wir sind Innovationsweltmeister. Kurz: Kein Land um uns herum

«Wir müssen die Beziehung zu unseren Nachbarn klären, das steht ausser Frage.»

strahlt diese Sicherheit aus. Dieser Zustand ist nicht gottgegeben, den haben wir uns erarbeitet.

Wie sehr ist die «Swissness» eine Modeerscheinung?

In meiner Schulzeit steckte man sich die Aufkleber aus der «Bravo» auf die Jeansjacke, heute sind es Schweizer Pins, das sind sicher auch Mödeli. Und als Sportfan ist für mich klar, dass die heutige Swissness auch etwas mit der Fussballnationalmannschaft zu tun hat. Meine Generation musste 26 Jahre warten, bis sich die Nati für ein grosses Turnier qualifizierte. Die Identifikation mit einem Team, das an einem internationalen Turnier mitmacht, ist einfach viel grösser. Von meinen Jugendfreunden wurden viele Holland-, Argentinien- und Italien-Fans.

Sie sind als Fussballexperte bekannt – führen Sie eigentlich noch Alben mit Fussballbildchen?

Seit der Weltmeisterschaft 1974 habe ich jedes Panini-Album gefüllt. Bei der Euro dieses Jahr dachte ich, das ziemt sich nicht für einen Vize- und noch weniger für den künftigen Präsidenten des Nationalrats und habe erstmals keines gekauft.

Das ist unser letztes Stichwort: Was haben Sie sich als Präsident des Nationalrats und damit höchster Schweizer für 2017 vorgenommen?

Ich gehöre zur Kategorie «unspektakulärer Politiker» und dazu stehe ich. Der Wecker klingelt am Morgen, ich stehe auf und versuche, einen guten Job zu machen. Das soll auch nächstes Jahr so sein. Zwei Anregungen habe ich: Ich finde, das Leben sollte wieder einfacher werden. Es gibt zu viele Gesetze, Regelungen und Vorschriften. Und zweitens bewegen wir uns von einer Vertrauens- in eine Misstrauensgesellschaft – das gefällt mir nicht. Ich möchte den Schweizerinnen und Schweizern empfehlen, sich gegenseitig wieder mehr zu vertrauen, und ich rate allen zu etwas mehr Gelassenheit.

«Das Leben sollte wieder einfacher werden. Es gibt zu viele Gesetze, Regelungen und Vorschriften.»

Sicher, friedlich, neutral

Das Wesen der Schweiz: Identitätsbarometer 2016 – Grosse Zufriedenheit mit dem Land, viel Nationalstolz und Optimismus – läuft alles gut in der Schweiz?

Die Schweizerinnen und Schweizer sind ausserordentlich zufrieden mit ihrem Land. Aktuell sind 89% der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger sehr oder zumindest eher stolz auf die Eidgenossenschaft. Das sind zwar 5 Prozentpunkte (pp) weniger als im Rekordjahr 2015, entspricht aber dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre und ist umso höher zu gewichten, als keine signifikanten Unterschiede zwischen den Sympathisanten verschiedener Parteien oder den Bewohnern der einzelnen Landesteile festzustellen sind.

Nicht nur beim Nationalstolz sind viele Befragte gleicher Meinung, auch bei der offen formulierten Frage, welche drei Dinge die Schweiz ausmachen, herrscht weitgehend Einigkeit (siehe Grafik 1). Ohne Stichworte zur Auswahl erhalten zu haben, bezeichneten die Schweizerinnen und Schweizer in den letzten Jahren fast immer «Sicherheit und Frieden», «Neutralität» sowie die «Landschaft» als die Hauptmerkmale der Schweiz. Diesmal haben 21% (+2 pp) der Bevölkerung Sicherheit und Frieden als wichtiges Charakteristikum der Schweiz genannt, 15% (-17 pp) die Neutralität, die im Marignano-Jubiläumsjahr Gegenstand intensiver Debatten gewesen war, sowie 14% (+1 pp) die Landschaft. All diese Aspekte sind grundlegend für das Verständnis der Schweiz als «Heimat» (10%), ein Begriff, den die Befragten offensichtlich lieber verwenden als jenen des «Patriotismus» (5%).

Der auf Solidarität basierende «Sozialstaat» (11%) sowie die «Industrie» (10%) als Sinnbild einer intakten Wirtschaft tragen dazu bei, Sicherheit und Frieden im

Innern zu bewahren. Ebenfalls wichtig sind den Schweizerinnen und Schweizern die «Meinungsfreiheit» und das «Mitspracherecht» (10%). Sie werden aber, auch im Langzeitvergleich, nicht ganz so oft genannt. Möglicherweise, weil sie ebenso sehr der persönlichen Verwirklichung wie dem Landesinteresse dienen. Die verschiedenen «Klischee-Eigenschaften» der Schweiz wie «Wohlstand», «Präzision», «Schokolade» oder «Uhren» werden demgegenüber nur von 5–6% als ein Hauptmerkmal des Landes angesehen.

Drei Kardinalstärken

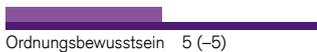
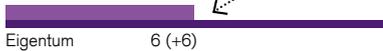
Hinsichtlich der grössten Stärken der Schweiz herrscht bei den Stimmbürgern ein breiter Konsens. In den letzten Jahren erreichten jeweils «Neutralität» (36%), «Schweizer Qualität» (33%) und «Bildung» (30%) die meisten Nennungen als eine von fünf Hauptstärken. Während die Neutralität auf hohem Niveau gewissen Schwankungen unterworfen war, mit einer Spitze im Jahr 2008 (50%), verlaufen die Trends bei den beiden anderen Hauptstärken linearer. Nach einem kontinuierlichen Anstieg bis zum Rekordwert im Jahr 2013 (46%) ist die Bildung nun allerdings dreimal in Folge von weniger Leuten als Stärke bezeichnet worden als im jeweiligen Vorjahr. Vielleicht bezeichnen gerade darum 93% der Schweizerinnen und Schweizer die Förderung der Bildung als wichtiges politisches Ziel (siehe Seite 19). In den Jahren 2012 bis 2014 wurde auch «Qualität» immer weniger oft genannt. Zuletzt hat sich dies aber wieder geändert. Vom Maximum der Jahre 2011/2012 (50%) ist man indes noch weit entfernt.

1 – Identität

Die Schweiz der Schweizerinnen und Schweizer

«Sagen Sie mir bitte drei Dinge, wofür die Schweiz für Sie persönlich steht.», in Prozent

● 2016 ● 2015



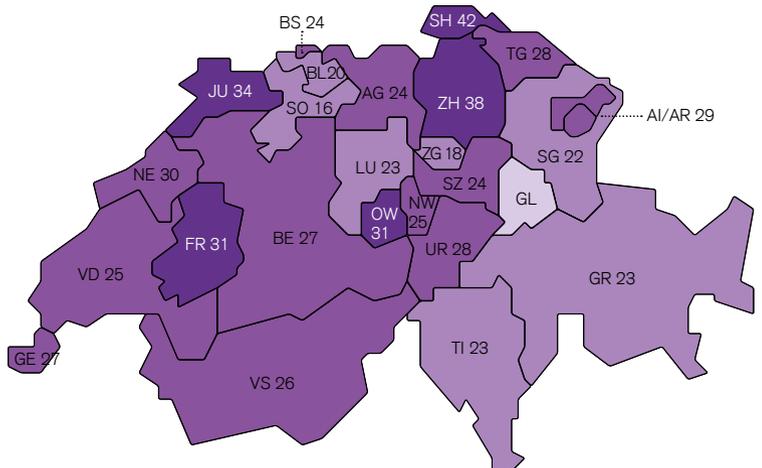
Auch Eigentum und Wohlstand gehören zur Schweiz, sind aber weniger wichtig als die ideellen Werte.

2 – Zugehörigkeit

Wem das Land besonders wichtig ist

«Welcher der geografischen Einheiten Schweiz, Sprachregion, Wohnkanton, Wohngemeinde, Europa oder Welt fühlen Sie sich in erster und in zweiter Linie zugehörig?» (Grafik: Schweiz, 1. Nennung, Durchschnitt 2006–2016.), in Prozent

● mehr als 30% ● 24–30% ● weniger als 24% ● keine Angabe



Konstant hohe Zustimmung finden auch die Stärken «Ordnung und Sauberkeit» (24%), das «Mitspracherecht» (24%) und der «Frieden» (23%) – die beiden letzteren jedoch mit einem leicht abnehmenden Trend (2006 waren es jeweils 35% gewesen). Noch ausgeprägter ist dieser negative Verlauf beim «Zusammenleben der Kulturen» – hier haben sich die Nennungen im gleichen Zeitraum auf die Hälfte reduziert, von 36% auf 18%. Positiv verlaufende Trends sind hingegen bei der «Pharmaindustrie» (von 12% auf 24%) sowie beim «Gesundheitswesen» (von 15% auf 24%) festzustellen. Der Finanzplatz erreicht 21%, nachdem er in den Jahren 2009 bis 2014 nie über 20% kam.

Eine zentrale Frage des Credit Suisse Identitätsbarometer lautet jeweils, welcher geografischen Einheit man sich in erster Linie zugehörig fühlt. Es scheint, als bahne sich in dieser Hinsicht landesweit eine Nivellierung an, nachdem noch bis 2011 die Wohngemeinde klarer Spitzenreiter war und danach von der Schweiz als Ganzes abgelöst wurde. Erstmals liegt nun der Wohnkanton (28%, +4 pp) vorn, aber nur knapp vor der Schweiz (25%, –1 pp), der Wohngemeinde (22%, +3 pp) und der Sprachregion (18%, –6 pp). Der Anteil der Schweizer und Schweizerinnen, die sich in erster Linie mit Europa oder der Welt identifizieren, ist nach einem Zwischenhoch im Jahr 2013 (12%) wieder auf 7% (0 pp) zurückgegangen. Trotz der festgestellten schweizweiten Nivellierung gibt es grosse regionale Unterschiede (siehe Grafik 2).

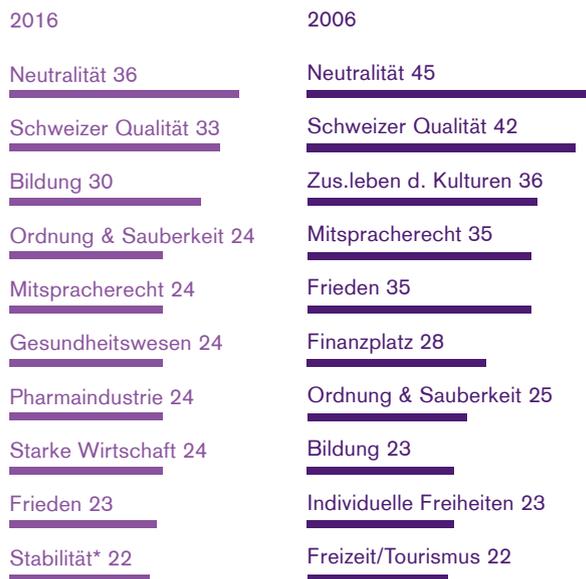
Egoismus und neue Armut

Die optimistische Grundhaltung, die bei der diesjährigen Befragung an vielen Stellen zum Ausdruck kommt, zeigt sich auch im Blick in die Zukunft (siehe Grafik 4). Bei der Frage, ob sich die Situation in ausgewählten Bereichen verbessern wird, haben sich die Werte in den letzten zehn Jahren teilweise verdoppelt. Gerade beim «Zusammenleben» der Kulturen beziehungsweise der Sprachregionen, das gegenwärtig nur noch von einem knappen Achtel der Bevölkerung als Stärke bezeichnet wird, ist die Zuversicht besonders gross – über drei

3 – Die Stärken der Schweiz im zeitlichen Vergleich

Wir sind neutral

«Legen Sie bitte von allen Kärtchen jene fünf heraus, die Sie persönlich als die fünf wichtigsten Stärken der Schweiz ansehen.», in Prozent



* 2006 nicht befragt

Viertel der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger erwarten hier eine mehr oder weniger ausgeprägte Verbesserung. Ebenfalls weit über zwei Drittel geben an, die Zusammenarbeit unter den wichtigsten Parteien werde sich verbessern und auch im Umweltbereich werde es Fortschritte geben.

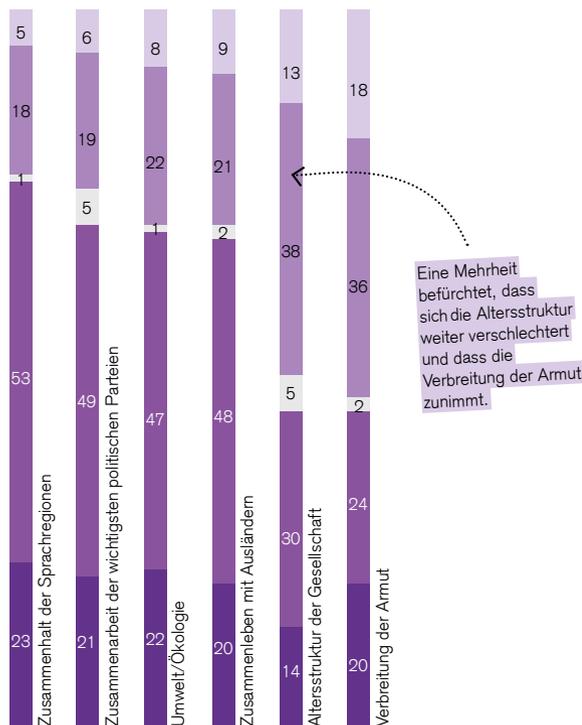
Bemerkenswert ist die Einschätzung der Befragten in Bezug auf die Verbreitung der Armut. Hier befürchtet eine Mehrheit, dass sich die Situation verschlechtern

wird. Dies ist ernst zu nehmen, umso mehr, als bei der Frage nach der Gefährdung der Schweizer Identität mittlerweile 65% der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den Egoismus nennen und damit nicht viel weniger als die Probleme mit der EU (68%) und die Einwanderung (77%). Bei allem Optimismus also: Sich auf den Lorbeeren auszuruhen, ist keine Option. (schi)

4 – Zustand der Schweiz in 10 Jahren Der Zusammenhalt wird stärker

«Wenn Sie einmal an die Schweiz in 10 Jahren denken: Glauben Sie, dass es der Schweiz in den folgenden Bereichen viel besser, eher besser, eher schlechter oder viel schlechter gehen wird?», in Prozent

- viel besser
- besser
- weiss nicht/keine Antwort
- eher schlechter
- schlechter

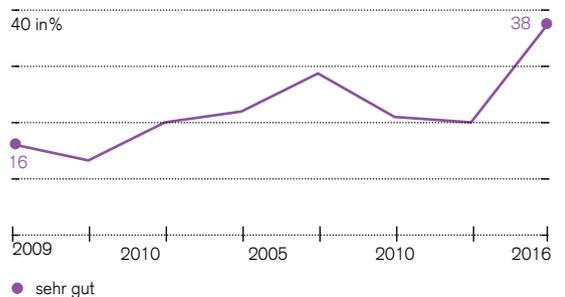


Eine Mehrheit befürchtet, dass sich die Altersstruktur weiter verschlechtert und dass die Verbreitung der Armut zunimmt.

Hohes Ansehen im Ausland

52% (+12 pp) der Schweizerinnen und Schweizer sind der Meinung, dass sich das Ansehen der Schweiz im Ausland im Laufe der letzten zwölf Monate verbessert hat. Dementsprechend sind heute mehr Stimmbürger denn je davon überzeugt, dass das Image der Schweiz ausserhalb der Landesgrenzen sehr gut oder zumindest eher gut (92%, +19 pp) ist. Dieses Selbstbewusstsein gründet vielleicht auch auf dem wirtschaftlichen Vergleich, bei dem mittlerweile 97% (+4 pp) Vorteile für die Schweiz gegenüber dem Ausland sehen. Obwohl 44% (±0) der Stimmbürger meinen, die Schweizer Politiker und Politikerinnen träten bereits jetzt ausserhalb der Landesgrenzen eher oder sehr offensiv auf, sollten sie nach Ansicht von 23% (+5 pp) in Zukunft noch viel offensiver agieren. Weitere 48% (+2 pp) wünschen sich zumindest ein eher offensiveres Verhalten. Diese Anteile liegen höher als 2015, erreichen aber nicht den Rekordwert von 2014, als sich fast 80% der Befragten ein offensiveres Auftreten wünschten.

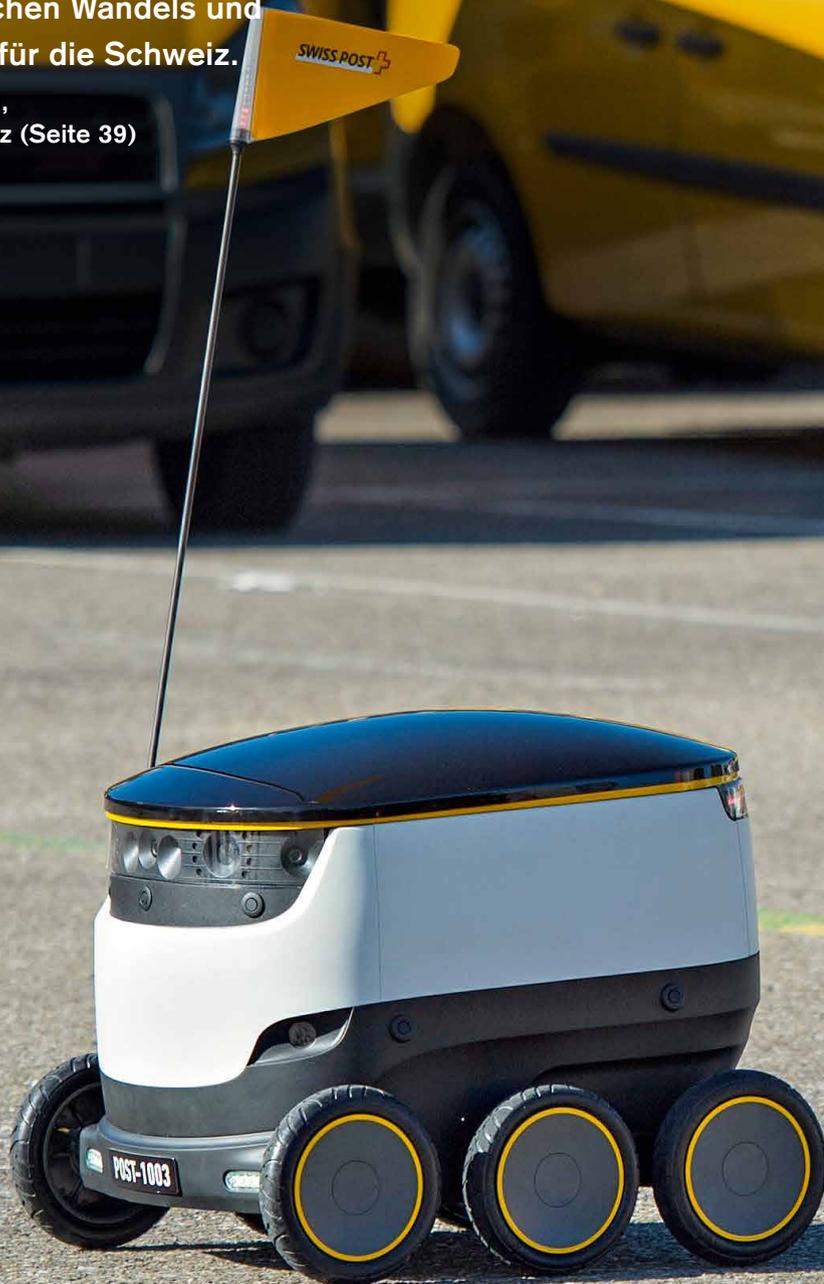
Ansehen der Schweiz im Ausland



Zukunft Arbeit

Industrie-4.0-Technologien werden sich in den nächsten Jahren rasant verbreiten. Die Digitalisierung wird deshalb zu einem wichtigen Stellhebel für die Abfederung des demografischen Wandels und ist eine Chance für die Schweiz.

Nicole Burth Tschudi,
CEO Adecco Schweiz (Seite 39)





Die Post testet ab September 2016 den Einsatz von Lieferrobotern. Sie können Pakete von bis zu 10 Kilogramm über eine Distanz von rund 6 Kilometern befördern.

Die Sorgen von morgen

Die nächsten 40 Jahre – Was wird unser Leben prägen? Der Zukunftsforscher wagt eine Prognose.

Von Georges T. Roos

Wenn ich als Zukunftsforscher die Sorgen von morgen skizziere, könnte der Eindruck entstehen, dass die Zukunft düster wird. Das ist weder meine Absicht noch meine Erwartung. Ich sehe mich nicht als Optimisten oder Pessimisten, sondern als Possibilisten, der die Herausforderungen mit ihren Chancen und Risiken erkennt. Es wird in Zukunft Krisen geben. Aber Krisen sind Wegscheidungen, wie es sie in einem Krankheitsverlauf gibt. Sie können die Krankheit beschleunigen. Oder aber sie sind die Kehrtwendung zur Heilung. Sollten sich die Schweizerinnen und Schweizer also tatsächlich mit den folgenden Themen beschäftigen, würde das im guten Fall bedeuten, dass die Gesellschaft um die Lösungen für künftige Herausforderungen ringt.

In den nächsten 10 Jahren

Wir leben in einer abnormen Situation: Wer spart, wird bestraft, wer sich verschuldet, wird zum Gewinner. Die Notenbanken versuchen, mit Negativzinsen Banken und Investoren zu mehr Kreditvergaben zu bewegen, was sie ohnehin tun würden, fänden sie die Risiken vertretbar. In den nächsten zehn Jahren werden die Notenbanken einen Ausstieg aus dieser paradoxen Situation suchen. Bricht dann der Euro auseinander? Schiesst der Franken durch die Decke? Gibt es eine hohe Inflation? Heute haben sich Experten im Dschungel technischer Details verloren. Die naheliegenden Fragen stellt kaum jemand. Aber sie werden eine Antwort brauchen.

Tausende stechen täglich mit seeuntauglichen Booten ins Mittelmeer auf der Flucht vor Krieg, Armut, Willkür und Perspektivlosigkeit. Sie



Georges T. Roos, 53, ist freier Zukunftsforscher in Luzern. Er analysiert seit bald 20 Jahren die relevanten Megatrends, entwickelt Zukunftsszenarien und hilft Firmen, Früherkennungsprozesse zu implementieren.

wollen Asyl in einem ratlosen Europa. Und ich sehe keine Hinweise, dass sich diese Krise von selbst erledigen wird. Die Aufnahme und Integration von Hunderttausenden in unsere Sozialsysteme und Arbeitsmärkte werden die nächsten Jahre prägen.

In 10 bis 20 Jahren

Bei der Altersvorsorge kommen die echten Herausforderungen erst noch auf uns zu. In etwas mehr als zehn Jahren werden auch die letzten Jahrgänge der Babyboomer im AHV-Alter sein. Das Verhältnis der Rentner zur Erwerbsbevölkerung wird in Schieflage geraten. Auf einen Rentner kommen dann noch zwei Menschen im erwerbsfähigen Alter (1960 lag das Verhältnis noch bei 1 : 6). Finanzierbar ist möglicherweise alles. Aber nicht jede Lösung ist gerecht.

Im 14. Jahrhundert wütete in Europa die Pest-Pandemie, der «Schwarze Tod», der ein Drittel der Bevölkerung zum Opfer fiel. Heute haben wir Antibiotika, die bei der nach wie vor nicht gänzlich ausgerotteten Pest Heilung bringen, falls sie frühzeitig appliziert werden. Was aber geschieht, wenn in Zukunft ein Erreger kommt, der gegen Antibiotika resistent ist? Bereits heute warnen Fachleute vor dieser Bedrohung. Pandemien sind in einer global vernetzten Welt wahrscheinlicher geworden.

In 20 bis 30 Jahren

Insgesamt erwarte ich allerdings von der Zukunft nicht mehr Kranke, sondern eine deutlich bessere Medizin. Vor einigen Jahren ist es gelungen, das Genom des Menschen zu sequenzieren. Nun müssen wir unsere Gene besser kennenlernen. Es ist, als ob wir ein Wörterbuch hätten, bei dem die Definitionen fehlen. In 20 bis 30 Jahren wird das anders sein. Damit werden viel effizientere Therapien möglich werden – mit personalisierten Medikamenten und der Möglichkeit, Körperteile aus dem eigenen genetischen Material im Bioreaktor zu züchten. Schon heute behaupten Visionäre, dass sie bald die «Krankheit Alter» heilen können. Was aber sollen wir überhaupt zulassen? Was soll über die Solidargemeinschaft der Krankenkassen finanziert werden? Lassen wir eine Zweiklassenmedizin zu? Gesundheit könnte nicht trotz, sondern gerade wegen des zu erwartenden Fortschritts der Medizin wieder mehr Bedeutung bekommen im Sorgenbarometer.

Der Fortschritt in der Medizin hängt mit der Entwicklung künstlicher Intelligenz zusammen. Lernfähige Maschinen werden in den nächsten Jahren die Arbeitswelt umkrempeln – die sogenannte vierte industrielle Revolution. Diese Automatisierung dürfte weit in den Dienstleistungs-

**«Kommt Afrika
auf die Beine,
dann wird
dort die Musik
gespielt werden.»**

bereich hineinreichen: Intelligente Maschinen sind die Buchhalter, Schalterbeamten, Controller und Vermessungsingenieure der Zukunft. Kollaborative Roboter werden Hand in Hand mit dem Pflegepersonal alte und kranke Menschen betreuen. Wenn die Vorhersage der Oxford University stimmt, wonach schon in 20 Jahren fast 50% der heutigen Jobs automatisiert sein werden, ist die Sorge um die Arbeitslosigkeit in einem Ausmass gerechtfertigt wie nie in den vergangenen 40 Jahren (zur Zukunft der Arbeit siehe Artikel ab Seite 37).

In 30 bis 40 Jahren

Irgendeinmal wird die künstliche Intelligenz intelligenter sein als der Mensch oder gar als die Menschheit als Ganzes. Der Techno-Papst und Futurist Ray Kurzweil spricht von Singularität: Sie ist erreicht, wenn intelligente Maschinen selbstständig noch intelligentere Maschinen bauen werden – ohne einen Menschen in irgendeiner Weise zu involvieren. Werden diese Superintelligenzen irgendeinmal in ihrer Lageanalyse zum Schluss kommen, dass das grösste Problem des Planeten der Mensch ist? Ich glaube nicht an dieses Szenario – wohl aber an die Verantwortung der Menschheit, sich darüber zu verständigen, inwiefern und in welcher Form sie sich in Abhängigkeit künstlich intelligenter Systeme begeben soll.

Auch die künftige Ausgestaltung der Globalisierung könnte im Sorgenbarometer wieder an Bedeutung gewinnen – wenn auch in überraschender Form. Es ist denkbar, dass in 30 oder 40 Jahren nicht mehr Asien und die USA die Motoren der Weltwirtschaft sein werden, sondern Afrika. Afrika hat für die Zukunft betrachtet die günstigste demografische Struktur aller Kontinente. Der Kontinent hat nicht nur viele, sondern immer mehr gut ausgebildete junge Leute. Es hat Rohstoffe. Wenn Afrika auf die Beine kommt, dann wird dort die Musik gespielt werden.

Trümpfe richtig spielen

Zukunft der Arbeit – Überalterung belastet das Sozialsystem, die Digitalisierung schreitet voran, der Fachkräftemangel wird zum Normalfall: Die Arbeitswelt ist im radikalen Wandel. Doch die Schweiz hat gute Karten.

Von Nicole Burth Tschudi

Der Schweizer Arbeitsmarkt, daran kann es keinen Zweifel geben, ist im Umbruch wie seit Generationen nicht mehr. Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sind herausfordernd wie selten: Der starke Franken macht der Exportindustrie zu schaffen. Die historisch tiefen Zinsen gefährden das Alterskapital. Die Zustimmung zur Masseneinwanderungsinitiative hat die eh schon schwierige Situation noch zusätzlich verschärft: Für die wichtigsten Branchen der Schweiz sind nämlich Einschränkungen bei der Anstellung qualifizierter Arbeitskräfte aus dem Ausland langfristig noch gravierender als der starke Franken.

Ohne ausländische Fachkräfte aber schrumpft die Schweizer Wirtschaft. Dafür sorgt nur schon die demografische Entwicklung. Zwischen 2020 und 2035 kommen die geburtenstärksten Jahrgänge, die sogenannten Babyboomer, ins Rentenalter. Der Anteil an Personen über 65 Jahre wird um 84% zunehmen. Gemäss Bundesamt für Statistik (BFS) werden 2045 insgesamt 2,7 Millionen Menschen über 65 Jahre in der Schweiz leben. Ende 2014 waren es noch 1,5 Millionen.

Bereits ab 2017 werden mehr Menschen pensioniert, als ins Arbeitsalter kommen. Bis 2030 werden laut einer Studie der Universität Basel 500 000 Arbeitskräfte fehlen, um das bisherige Wirtschaftswachstum von 2% zu halten. Bis 2060 fehlen 800 000 bis 1,4 Milli-



Nicole Burth Tschudi, 44, ist CEO von Adecco Schweiz. Sie hat Volkswirtschaft an der Universität Zürich studiert und ist Chartered Financial Analyst (CFA).

«60% der jungen Menschen werden eine Tätigkeit ausüben, die es heute noch nicht gibt.»

onen. Die Ökonomen kommen zum Schluss, dass aufgrund dieser demografischen Entwicklung der zukünftige Arbeitskräftebedarf nicht im Inland gedeckt werden kann, selbst wenn die Erwerbsbeteiligung der aktiven Bevölkerung massiv zunehmen würde. In den letzten zehn Jahren konnte der Fachkräftemangel in der Schweiz noch durch Rekrutierung im Ausland gedeckt werden. Doch die bevorzugte Quelle Deutschland versiegt allmählich: Voraussichtlich werden bereits 2017 mehr Menschen nach Deutschland zurückwandern, als in die Schweiz einwandern. Die Schweiz muss daher vermehrt Fachkräfte ausserhalb der deutschsprachigen Länder und auch ausserhalb der EU anwerben.

Das grosse Umdenken

Fazit: Es braucht eine wirtschaftsfreundliche Einwanderungspolitik. Die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative muss unbürokratisch gestaltet werden. Eine branchenbezogene Beschränkung bringt nichts, im Zentrum müssen Berufsgruppen stehen. Beispielsweise sucht nicht nur die IT-Branche nach Informatikern, sondern auch Banken und Versicherungen. Hochqualifizierte Kandidaten sind selten sofort verfügbar, sie zu gewinnen, ist zeit- und kostenintensiv. Zudem führen Abwerbungen andernorts zu Vakanzen.

Es braucht aber auch ein Umdenken der Unternehmer. Sie sind gefordert, Frauen, Quereinsteiger, ältere Mitarbeitende und junge Talente zu gewinnen, zu fördern und zu halten – mit innovativen und flexiblen Arbeitsplatzmodellen wie Jobsharing, Homeoffice, Bogenkarrieren oder Teilzeitstellen für Mütter und Väter. Sie müssen Weiterbildungskonzepte entwickeln und umsetzen. Es braucht Diversität in der Belegschaft in Bezug auf Alter, Geschlecht, geografische und kulturelle Herkunft.

Die Unternehmenssteuerreform III sollte die Wirtschaft befeuern. Hightech-firmen aus der Pharma-, Medtech- und Biobranche zieht es in die Schweiz. Diese Unternehmen beschäftigen Spezialisten aus aller Welt. Sie sind es gewohnt, Projektteams international zusammenzustellen, und suchen ständig nach Talenten. Diesbezüglich punktet die Schweiz zum dritten Mal mit Rang 1 bei der aktuellen Ausgabe des «Global Talent Competitiveness Index» der Adecco Group und behauptet sich im Wettbewerb um die klügsten Köpfe. Die Talentmigration ist ein zentraler Standortvorteil der Schweiz.

Wer fehlt? Was tun?

Der Fachkräftemangel in der Schweiz konzentriert sich vor allem auf die MINT-Fachkräfte (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften

und Technik) und das Gesundheitswesen. Im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie fehlen bis 2022 rund 87 000 Fachkräfte. Davon könnten laut der Universität Basel rund 34 000 durch die aktuell prognostizierten Absolventenzahlen gedeckt werden. Bei Fortschreibung der aktuellen Zuwanderungsraten bleibt in diesem Sektor bis im Jahr 2022 eine Fachkräftelücke von 13 800 Arbeitskräften. Im Gesundheitswesen ist die Situation noch dramatischer. Jährlich werden etwa 4600 Personen zu wenig ausgebildet, um den Bedarf bis 2020 zu decken.

Was ist zu tun? Bereits auf der Primarstufe und im Vorschulalter ist das Interesse an Mathematik und Technik, aber auch die Sprachkompetenz zu fördern. Weiterbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten sind auszubauen. Insbesondere Niedrigqualifizierte (rund ein Fünftel der Schweizer Erwerbsbevölkerung) sind anzusprechen, von denen sich nur ein Drittel weiterbildet. In der Bildung und im Gesundheitswesen sollen Frauen als Teilzeitkräfte einsteigen oder ihr Pensum erhöhen.

In den nächsten Jahren kommt es in den Betrieben zu grundlegenden Umwälzungen. Einfache Jobs mit geringer Qualifikation, wie die des Maschinenbedienens, werden abgebaut. Hochqualifizierte Arbeitsplätze, zum Beispiel im Bereich 3-D-Druck, haben Zukunft. Nach Ansicht des renommierten Unternehmensberaters Roland Berger werden traditionelle Jobs in der Industrie verloren gehen, dafür können in Westeuropa bis zu 10 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen – vor allem in den Bereichen Dienstleistung und IT.

Unter der Digitalisierung und der vierten industriellen Revolution wird die Anwendung von Internettechnologien zur Kommunikation zwischen Menschen, Maschinen und Produkten verstanden. Industrie-4.0-Technologien werden sich in den nächsten Jahren rasant verbreiten. Die Digitalisierung wird deshalb zu einem wichtigen Stellhebel für die Abfederung des demografischen Wandels und ist eine Chance für die Schweiz.

Work-Life-Balance wird wichtiger

Jobverlust und drohende Arbeitslosigkeit werden in den nächsten Jahrzehnten einen anderen Stellenwert bekommen. Jobsicherheit wird neu definiert, die Work-Life-Balance wird wichtiger: Karriere und Familie, Job und Privatleben sind sinnvoll in Einklang zu bringen. Es gibt – anders als zu Zeiten der Babyboomer – keine Jobs mehr auf Lebenszeit. 60% der jungen Menschen, die 2025 ins Berufsleben

«Die Digitalisierung macht die Arbeit flexibler und damit zeit- und ortsunabhängig.»

einsteigen, werden eine Tätigkeit ausüben, die es heute noch nicht gibt. 2030 wird nach Meinung des Zukunftsforschers Horst Opaschowski jeder zweite Beschäftigte keine Vollzeitstelle mehr haben. Es gibt weniger feste Beschäftigungsverhältnisse. Anstatt Angestellte zu beschäftigen, vergeben Firmen vermehrt Onlinejobs rund um den Globus an Arbeitskräfte, die gerade Zeit haben und das beste Preis-Leistungs-Verhältnis erbringen.

Alltagserfahrungen mit Computern, Smartphones und Internet haben wesentlichen Einfluss auf «digital skills». Gemäss der Beratungsfirma Accenture nutzen diese Kompetenzen vor allem Frauen, weil sie ihre Zeit besser einteilen können und damit produktiver werden. Tatsache ist, dass die Digitalisierung die Arbeit flexibler und damit zeit- und ortsunabhängig macht. 25% der Arbeitsplätze profitieren von «Hyperconnectivity», dem uneingeschränkten Datenverkehr: Es spielt keine Rolle mehr, wann und wo man arbeitet.

Schlüsselfaktor: digitale Kompetenzen

Für eine Festanstellung braucht es selbstständiges Denken, Sozialkompetenz, Überzeugungskraft, Kreativität, Flexibilität, Unternehmungsgeist, die Einstellung zu lebenslangem Lernen und die Fähigkeit, sich auf Neues einzustellen. Digitale Kompetenzen avancieren in den kommenden Jahren zum entscheidenden Karrierefaktor. Gemäss Accenture arbeiten 44% der stark wachsenden Unternehmen mit temporären Teams und bereits 86% nutzen die verstärkte Kooperation im Betrieb für eine bessere Leistung. Dies bringt den Firmen bessere Feedback-Prozesse, mehr Ideen und Innovationen auf allen Ebenen. Sie sind gefordert, diese Ideen auch umzusetzen, um Frauen, ältere Mitarbeitende und junge Talente gleichermassen mit Weiterbildungskonzepten und innovativen Arbeitsmodellen zu gewinnen, zu fördern und zu halten.

Der Schweizer Arbeitsmarkt steht vor grossen Herausforderungen. Das Land hat aber gute Karten, in einer digitalisierten Welt seinen Wohlstand zu bewahren. Man muss die Trümpfe aber richtig ausspielen, damit der Schweizer Arbeitsmarkt attraktiv bleibt und wir uns im Wettbewerb um die klügsten Köpfe behaupten können.

Fanden Sie die Lektüre interessant? Weiteren informativen Lesestoff finden Sie in den ersten beiden Ausgaben des «Kompass für die Schweiz».



Sie können diese im Publikationen-Shop auf der Credit Suisse Webseite beziehen:
<http://publications.credit-suisse.com/index.cfm/publikationen-shop/sorgenbarometer/>

CREDIT SUISSE 

